blätter des iz3w

nr.10 okt. 71 herausg: Informationszentrum dritte welt
78 freiburg Lorettostr. 20 tel: 71075 App 29

Zusammengestellt und herausgegeben von: S. Bartels, G. Cremer, H. Flammer, K. Flemming, F. Hemmerich, E. Knörich, G. Stingl U. Tietze, G. Thöns, P. Riedesser, L. Teubner.
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg, Nr. 1o2 262 33; Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239; SCHWEIZ: G. Stingl, Aktion Dritte Welt Freiburg i. Br., Postscheckk. Basel 4o - 35899.
Jahresabonnement der "blätter des iz3w" incl. Porto und Beilagen bei 1o Nummern jährlich: DM 15.--.

Zur Sache

Es war aus technischen Gründen leider erst jetzt möglich, die in "blätter des iz3w" Nr. 9 für September angekündigte Nr. 1o herauszubringen.

Die für Anfang Oktober in Königstein gedachte Tagung mußte aus Termingründen abgesagt werden. Zahlreiche wichtige inhaltliche Tagungen (zu südliches Afrika, Didaktik, Schule und Dritte Welt) ließen einen zusätzlichen Termin für eine organisatorische Besprechung nicht zu. Wichtige organisatorische Fragen werden die Gruppen am Rande dieser Tagungen besprechen.

Die "blätter des z3w" erscheinen seit September 7o nun ein Jahr. Im folgenden möchten wir eine Aufstellung der Kosten geben, die ein einzelnes Abonnement verursacht:

Druckkosten:	DM	8.2o
Kosten für Beilagen:	DM	2.5o
Umschläge:	DM	o.8o
Porto:	DM	3.8o
Kosten für Adressiersystem:	DM	1.--

In dieser Rechnung wurden die Kosten für Archiv, Werbung, Probeexemplare, Büroorganisation nicht berücksichtigt.

Diejenigen, die "blätter des iz3w" seit nunmehr einem Jahr beziehen, bitten wir, an die Überweisung des Betrags für das kommende Jahr zu denken.

"blätter des iz3w"
herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg i.Br., Lorettostr. 2o a

Offener Brief der Evangelisch-Lutherischen Kirchen von Ovamboland und Süd-West-Afrika an Premierminister Vorster von Südafrika

Sehr geehrter Herr Premierminister!

Nachdem der Beschluß des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag am 21. Juni 1971 bekannt gegeben worden war, traten Vertreter der Behörden an mehrere Führer und Beamte unserer Lutherischen Kirchen einzeln heran, um deren Standpunkt zu erkunden. Das deutet darauf hin, daß die öffentlichen Institutionen daran interessiert sind, die Meinungen der Kirchen in diesem Zusammenhang zu hören. Deswegen möchten wir diese Gelegenheit benutzen, Eure Exzellenz über die Meinung der Kirchenräte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in SWA und der Evangelisch-Lutherischen Ovambokavango-Kirche zu informieren, die die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung von SWA vertritt.

Wir glauben, daß Südafrika bei seinem Versuch, Südwestafrika zu entwickeln, versäumt hat, von den Menschenrechten Kenntnis zu nehmen, wie sie 1948 von der UNO mit Bezug auf die nichtweiße Bevölkerung deklariert worden sind. Gestatten Sie, daß wir die folgenden Beispiele in diesem Zusammenhang darlegen:

(1) Die Regierung behauptet, sie fördere und schütze das Leben und die Freiheit der Bevölkerung durch die Rassenpolitik, die sie in unserem Land praktiziert. Tatsächlich aber wird die nichtweiße Bevölkerung im täglichen Leben ständig verachtet und eingeschüchtert. Unser Volk ist nicht frei und fühlt sich durch diese Behandlungsweise nicht sicher. In dieser Hinsicht möchten wir auf Artikel 3 der Menschenrechte hinweisen.

(2) Wir können nicht umhin, Südwestafrika mit allen seinen rassischen Gruppen als eine Einheit zu betrachten. Durch die "Group Areas Legislation" (Reservatsgesetzgebung) wird dem Volk das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb der Grenzen des Landes verweigert. Dies kann mit dem Artikel 13 der Menschenrechte nicht in Einklang gebracht werden.

(3) Das Volk darf nicht seine Gedanken oder seine Meinungen offen ausdrücken oder veröffentlichen. Viele erleben erniedrigende Spionage und Einschüchterung, die zum Ziel haben, daß eine öffentliche und akzeptierte Meinung geäußert wird und nicht eine, die sie im tiefsten Herzen halten und von der sie überzeugt sind. Wie können Artikel 18 und 19 der Menschenrechte unter solchen Umständen verwirklicht werden?

(4) Die Durchführung der Politik der Regierung macht es den politischen Parteien der Einheimischen unmöglich, auf wirklich verantwortliche und demokratische Weise zusammenzuarbeiten, um die Zukunft von ganz Südwestafrika aufzubauen. Wir glauben, daß es in diesem Zusammenhang wichtig ist, daß das Gebrauch des Stimmrechts auch der nichtweißen Bevölkerung gewährt werden soll (Artikel 20 und 21 der Menschenrechte).

(5) Durch die Anwendung der Reservatsbestimmung in der Arbeit wird das Recht auf freie Berufswahl beeinträchtigt, was niedrige Entlohnung und Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Zweifellos zerstört das Vertragssystem ein gesundes Leben, da das Verbot, dort zu wohnen, wo man arbeitet, das Zusammenleben von Familien verhindert. Dies widerspricht den Artikeln 23 und 25 der Menschenrechte.

Die Kirchenräte bitten Ihre Regierung dringend darum, im Sinne der Erklärungen des Internationalen Gerichtshofs und in Zusammenhang mit der UNO, von der Südafrika Mitglied ist, eine friedliche Lösung der Probleme unseres Landes zu suchen und dafür zu sorgen, daß die Menschenrechte in Kraft treten und Südwestafrika ein selbständiger, unabhängiger Staat wird.

Hochachtungsvoll

Bischof Dr. L. Auala

Vorsitzender des Kirchenrats der Evangelisch-Lutherischen Ovambokavango-Kirche

Pastor P. Gowaseb

Vorsitzender des Kirchenrats der Evangelisch-Lutherischen Kirche in SWA (Rhenische Missionskirche)

Windhoek, den 30. Juni 1971

Im Schatten von Cabora Bassa:

Das CUNENE-Projekt in Angola

Das Cunene-Projekt schließt den Bau mehrerer Staudämme, Kraftwerke, Kanäle und Pipelines ein. Dieses Projekt soll durch die Zähmung des Cuneneflusses in Angola elektrischen Strom erzeugen und Wasser liefern für Südangola und Namibia. Der Cunene entspringt im Zentralplateau Angolas in der Nähe der Stadt Nova Lisboa, und von seinen 830 km Länge bilden im Unterlauf rund 1/3 die Grenze zwischen Angola und Namibia. - Die Gesamtkosten des gewaltigen Cunene-Projekts betragen 2,2 Mrd. DM (1) und übersteigen damit die Kosten des Cabora Bassa-Projektes in Mozambique um rund 700 Mill. DM. Die Geldmittel werden je zur Hälfte von der Lissaboner und der südafrikanischen Regierung aufgebracht.

1. Die Geschichte des Cunene-Projektes

Seit dem 19. Jahrhundert bestehen Streitigkeiten über die Wasserrechte des Cunene. 1886 kamen der deutsche Kaiser und der portugiesische König zu einem Übereinkommen, doch nach dem ersten Weltkrieg lebten die Streitigkeiten wieder auf, jetzt zwischen Portugal und der Südafrikanischen Union, die vom Völkerbund mit dem Mandat über Deutsch-Südwestafrika betraut worden war. 1926 erhielt Südafrika aufgrund eines Kompromisses das Recht, mit oder ohne Teilnahme der Kolonialmacht Portugal in der portugiesischen Kolonie Angola einen Staudamm zu bauen, der die Wasserversorgung Namibias garantieren würde. Die Verhandlungen schliefen jedoch ein und wurden erst 1962 wieder aufgenommen. Dieses Datum hat ganz bestimmte Gründe, sowohl die portugiesische als auch die südafrikanische Regierung hatten zu diesem Zeitpunkt ein besonderes Interesse an der Entwicklung des Cunene-Beckens. Südafrika wurde damals zum ersten Mal in den Vereinten Nationen massiv angegriffen wegen seines Versuchs, sich Namibia als fünfte Provinz einzuverleiben. Um sicherzustellen, daß es die Kontrolle über Namibia nicht verliert, begann Südafrika mit der beschleunigten wirtschaftlichen Integration des Gebietes. Zum anderen bedeutete die Entwicklung des Cunenebeckens eine Unterstützung der Kolonialmacht Portugal, und für Südafrika sind wirtschaftlich starke und politisch stabile Nachbarn eine Existenzfrage. Auch Portugal hatte 1962 seine Gründe dafür, die Verhandlungen mit Südafrika wieder aufzunehmen, denn 1962 brachte den Beginn des bewaffneten Aufstandes in Angola. Daher war es für Portugal notwendig, einerseits zu einer engeren politischen Verständigung mit Südafrika zu gelangen und andererseits seine Präsenz in Angola zu festigen mittels vermehrter wirtschaftlicher Aktivität und der Ansiedlung von Portugiesen im Sinne einer verstärkten Assimilationspolitik. - Angesichts des gemeinsamen Feindes hörten die Streitigkeiten auf und das rassistische Regime und das kolonialistische Portugal einigten sich, um in gemeinsamer Anstrengung die Ausbeutung Namibias und Angolas für die Zukunft sicherzustellen.

Bereits 1964 wurde ein Vorvertrag über einen gemeinsamen Entwicklungsplan des Cunene abgeschlossen. Trotz des Drängens Südafrikas zogen sich die Verhandlungen jedoch in die Länge, die entscheidende Wende in den Gesprächen brachte erst das Cabora Bassa-Projekt. Für Portugal war das Cabora Bassa von größter Bedeutung für die Realisierung seiner Kolonialpolitik (2). Die Wirtschaftlichkeit des Cabora Bassa-Projektes konnte allerdings nur gesichert werden, wenn eine Garantie für die langfristige Abnahme der Elektrizität vorhanden war, und Südafrika stellte als Bedingung für die Abnahme des elektrischen Stroms aus Cabora Bassa, daß Portugal seine Zustimmung zu dem Cunene-Projekt gab. Im Januar 1969 wurde der endgültige Vertrag über die erste Aufbauphase des Cunene-Projektes abgeschlossen. Er wurde unterzeichnet von dem portugiesischen Außenminister Franco Nogueira, dem südafrikanischen Botschafter A.J.F. Viljoen sowie Dr. Sieg Kuschke, Präsident der südafrikanischen Industrial Development Corporation (IDC), der halbstaatlichen Institution der Nationalpartei für die Entwicklung der Industrie Südafrikas. Für das

Cunene-Projekt ist auf südafrikanischer Seite die "South West African Water and Electricity Commission" (SWAWEC) die ausführende Instanz.
In ihrem Rahmen befassen sich
- Department of Water Affairs, Windhoek/Pretoria, mit Wasserangelegenheiten.
- Electricity Supply Commission (ESCOM), Johannesburg, mit Fragen der elektrischen Energie. - Die ESCOM ist dieselbe Organisation, die beim Cabora Bassa-Projekt mit der Verteilung des elektrischen Stroms betraut ist.
- Industrial Development Corporation (IDC), Johannesburg, übernimmt die Koordination sowie Finanzierungsfragen. - Sie stellte Portugal in Höhe seines Anteils einen Kredit zur Verfügung. (3)

Die erste Phase des Projektes soll 1978 abgeschlossen sein.

2. Die erste Phase des Cunene-Projektes

Die erste Phase des Cunene-Projektes verlangt Investitionen in Höhe von insgesamt 314 Millionen DM. Diese Phase sieht die Regulierung des gesamten Cunene-Wassers, den Bau eines Wasserkraftwerkes in den Ruacana-Fällen und die Bewässerung von Ovamboland (Nordnamibia) vor. Die wichtigsten Bauwerke dieser Phase sind der Govẻ-Damm, der nicht weit von der Quelle des Cunene am Zusammenfluß der Flüsse Cunene, Canhanguma und Etembo gebaut werden wird und dessen Kosten allein mit 50 Mill. DM veranschlagt werden, das bereits erwähnte Ruacanawerk in der Grenzzone zwischen Namibia und Angola sowie eine Talsperre (Erddamm) 15 km nördlich der namibischen Grenze.

"Südafrika wird Portugal einen Unkostenbeitrag in der Höhe von 25 Mio. Fr. = 21 Mio. DM leisten und über die halbstaatliche Industrial Development Corporation ein langfristiges Darlehen in der Höhe von 25 Mio. Fr. zu einem Zinsfuß von etwa 5 % zur Verfügung stellen. Als Gegenleistung hat Portugal Südafrika die Nutzung des gesamten Flußlaufes bei Ruacana für energiewirtschaftliche Zwecke überlassen und hat garantiert, daß die Wasserführung nicht unter den Minimalbedarf sinken wird. Andererseits hat sich Südafrika verpflichtet, auf die Wassermenge, welche das garantierte Minimum übersteigt, einen Zins zu entrichten, der nach der Anzahl kWh berechnet wird, die damit erzeugt werden. Diese Vertragsbestimmung macht den Bau eines Wasserkraftwerkes an der Grenze Südwestafrikas wirtschaftlich." (4)



Mit den Arbeiten am Govẻ-Damm wurde im Oktober 1969 begonnen. Der Damm wurde von einem portugiesischen Ingenieurbüro konzipiert, und die Bauarbeiten wurden von einem portugiesischen Unternehmen übernommen. Der Damm entsteht im Inneren Angolas 100 km entfernt von Nova Lisboa. Er soll 58 m hoch werden und wird einen See von 178 km Länge und einem Fassungsvermögen von 2,6 Millionen cbm schaffen. In ihm kann in der Regenzeit Wasser gespeichert und gleichmäßig auf den Unterlauf des Flusses verteilt werden. Der Govẻ-Damm wird die Stromproduktion des Kraftwerkes von Matala erhöhen, das jetzt die Städte Sá da Bandeira und Mocamedes in Angola mit Strom versorgt.

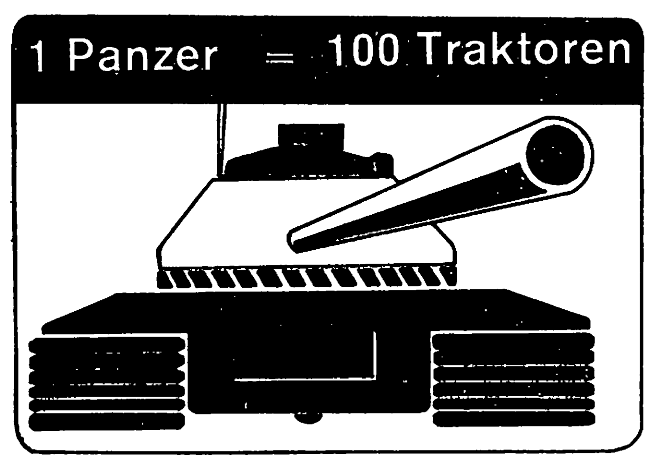
Durch den Bau des Govẻ-Dammes wird es möglich werden, in dem Gebiet zwischen Quiteve und Humbe in Angola 20.000 ha Agrarland zu bewässern, und durch ein Netz von pipelines können in einer Umgebung von 80.000 ha Menschen und Tiere mit Wasser versorgt werden.

Das Wasserkraftwerk von Ruacana soll 240 bis 300 Megawatt erzeugen, basierend auf einer garantierten Wasserführung von 125 cbm pro Sekunde bei einer Fallhöhe von 134 m. Geplant sind Hochspannungsleitungen zu den namibischen Bergbauzentren Tsumeb und Grootfontein sowie zu dem Fischindustriezentrum Walvisbay.

Die Talsperre bei Calueque, 40 km nördlich von Ruacana, soll den Cunene aufstauen und erstens Wasser für das nordnamibische Gebiet Ovamboland liefern sowie zweitens eine gleichmäßige Wasserzufuhr für das Ruacana-Kraftwerk sicherstellen.

Die beiden letzteren Bauvorhaben sind zeitlich noch nicht festgelegt. Wann sie in Angriff genommen werden, wird von dem Energiebedarf Namibias abhängig sein.

Bereits im Bau oder zum Teil schon fertiggestellt sind Einlaufbauwerke oberhalb des geplanten Calueque-Damms, die das Wasser des Cunene zu einer Pumpenanlage führen. Ein 5.000 kW erzeugender Generator betreibt zwei Einheiten, die je drei cbm Wasser pro Sekunde durch zwei parallele Betonpipelines von je 1,5 m Durchmesser in Speicherbecken leiten, das 12,5 km entfernt liegt. Von hier aus läuft das Wasser durch einen Betonkanal an die namibische Grenze und endet auf namibischem Boden in die oshana (= dicht gewachsene Wasserläufe) Okatana und Etaka, an denen sich die größeren Siedlungen des westlichen Ovambolandes befinden. Alle 10 km wird eine Schleuse eingebaut und an mehreren Stellen sind kleine Staudämme vorgesehen.



Die Wasserversorgung ist für das Ovamboland von entscheidender Bedeutung. Das Gebiet liegt durchschnittlich 600 m über dem Meer und besitzt einen sandigen Boden. Es ist mit 250.000 Einwohnern auf 5,6 Mio. ha dicht besiedelt. Die Graslandschaft eignet sich gut für Viehzucht, die Wasserarmut hat jedoch bisher große Menschenansiedlungen unmöglich gemacht, da die Viehherden häufig ihre Weideflächen wechseln mußten. Nur die das Gebiet an der nördlichen Grenze berührenden Flüsse Cunene und Okavango führen das ganze Jahr hindurch Wasser, so daß man also auf die in den vier Regenmonaten gefüllten oshana angewiesen ist. Eine natürliche Ergänzung durch Wasser aus Angola, die bis jetzt bestand, wird immer schwächer aufgrund der zunehmenden Versandung und Verschlammung der Einläufe. Die Einlaufbauwerke im Rahmen des Cunene-Projektes sollen diese Einläufe künstlich wieder benutzbar machen, damit Ovamboland während der Trockenzeit bewässert werden kann und die Wasserführung reguliert wird. Das Projekt der Wasserversorgung von Ovamboland soll in diesem Jahr fertiggestellt werden.

3. Die Interessen Portugals, Südafrikas und der BRD am Cunene-Projekt

Genau wie beim Cabora Bassa-Projekt nutzt das Cunene-Projekt dem Kapital, nicht aber der afrikanischen Bevölkerung Angolas bzw. Namibias. Genau wie sich beim Cabora Bassa-Projekt die Frelimo mit Waffen dem Bau widersetzt, so bekämpft in Angola die MPLA und in Namibis die SWAPO das Cunene-Projekt.

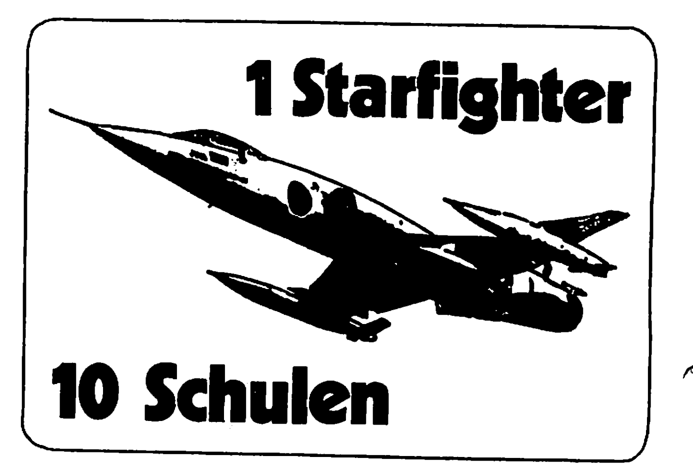
Was <u>Portugal</u> anbetrifft, so dient das <u>Cunene-P</u>rojekt (abgesehen von der Beschaffung von Devisen durch den Export von elektrischer Energie - eine der Hauptfunktionen der Kolonien ist ja die Versorgung der Metropole mit Devisen) der Durchführung seiner neuen Kolonialpolitik, die es betreibt, seit sich die Bevölkerung von Angola unter Führung der MPLA der portugiesischen Kolonialherrschaft mit Waffen widersetzt. Die Anstrengungen Portugals gelten der wirtschaftlichen und sozialen Integration der Kolonien als Garantie für ihre Beibehaltung als Kolonien. Zu den wirksamsten Waffen Portugals bei dem Versuch, der afrikanischen Bevölkerung die portugiesische Kultur aufzuzwingen und die Befreiungsbewegungen zu bekämpfen, ist die Ansiedlung von Portugiesen in den Kolonien.

Portugiesische Instanzen sowie die westliche Presse werden natürlich wieder eilig erklären, Portugal habe niemals die Absicht gehabt, Portugiesen dort anzusiedeln, es habe sich nur wieder "eine internationale Verschwörung gegen Portugal" gebildet, wie der portugiesische Außenminister im Falle Cabora Bassa erklärte. Nun, herauszufinden wie es sich wirklich verhält, ist einfach eine Sache des aufmerksamen Lesens und des Rechnens, mit offiziell angegebenen Daten (5): das Projekt soll die Bewässerung von rd. 150.000 ha Land ermöglichen und für 173.000 ha Wasser liefern zur Viehzucht. Die 125.000 ha Land, die durch Bewässerung landwirtschaftlich genutzt werden können, teilen sich folgendermaßen auf: 93.000 in der Gegend von Matunto, 18.000 in der Gegend von Cova do leao und 14.000 in der Gegend von Catembulo. Diese

Gebiete sollen in 20 ha-Farmen geteilt werden, auf denen Mais, Weizen, Tabak, Baumwolle und Kenaf angebaut werden sollen. In einem Artikel der angolanischen Lokalpresse wird berichtet, der Ansiedlungsplan beinhalte die "instalacao" von 6.233 Landfamilien (casais agricolas), die "fixacao" von 37.000 Personen und die "Benutzung" (sic) von 73.000 Arbeitern. Es soll hier bemerkt werden, daß bei der erwähnten Schaffung von 20 ha-Farmen die Gesamtmenge des bebaubaren Landes gerade ausreicht, um die 6.233 Familien mit Land zu versorgen. Die anderen bekommen kein Land! Die Erklärung dafür finden wir in den portugiesischen Ausdrücken selbst, der Ausdruck "fixacao" wird für die Regruppierung der afrikanischen Bevölkerung benutzt (s. UNO-Bericht A/7623/Add.3, 25.9.69, S.59). Wenn nun in einem Text von fixacao und instalacao die Rede ist, dann läßt sich daraus schließen, daß "instalacao" die Ansiedlung weißer Siedler meint. So haben wir die 6.233 Familien "instaladas" - das sind die Siedler - und die "fixados" ohne Land - das sind die Afrikaner. Kein Wunder also, daß die portugiesische Presse offen von der Möglichkeit der Ansiedlung in großem Ausmaß spricht, die Südangola bietet. Um diese Ansiedlung in großem Maßstab zu fördern, veranstaltete das "Ansiedlungsbüro der Provinz" 1969 in Angola einen 2-jährigen Kurs für Ex-Soldaten, die als "Sozialarbeiter" geschult wurden (curso de educadores sociais) mit dem Ziel, die Militärs, die in Angola gedient hatten, zur Ansiedlung in Angola zu ermuntern. Die Kandidaten müssen 5 Jahre der höheren Schule absolviert haben, bekommen pro Monat 3.200 Escudos und werden am Ende des Kurses automatisch im Büro für Ansiedlung beschäftigt. Das Büro will die neuen Sozialarbeiter bei seinen "servicos de accao social" und in "mobile teams for community development" (6) einsetzen. Zum Zweck einer möglichst effizienten Siedlungspolitik wurde im August 1970 in Portugal durch Gesetz ein "nationales Sekretariat für Emigration" geschaffen, zu dessen Funktionen es gehört, "die migratorischen Ströme zu kontrollieren und kanalisieren, besonders die in die Überseeprovinzen, und ein ganzes Netz für die Unterstützung der Auswanderer, gleich wo sie sich befinden, aufzubauen ..." (7)

Das Interesse Südafrikas an diesem Projekt ist in erster Linie wirtschaftlicher Natur: durch die Bewässerung von Namibia wird eine Vergrößerung der Viehzucht möglich ebenso wie eine Erhöhung der Bevölkerungsdichte und dies sind notwendige Voraussetzungen für die jetzt von der Bantu Development Corporation geplante Einrichtung von Gerbereien sowie Fisch- und Möbelfabriken.

Doch ein anderer Gesichtspunkt ist für Südafrika von besonderer Wichtigkeit: seit mehreren Jahren wird die Kontrolle Südafrikas über Namibia von den Vereinten Nationen, anderen internationalen Organisationen und einigen Ländern als illegal und illegitim angesehen, und zwar erstens, weil Südafrika das Mandat über Namibia vom Völkerbund anvertraut bekam und die Vereinten Nationen dies nicht mehr bestätigen wollen, und zweitens, weil Südafrika die Herrschaft über Namibia für seine Interessen und nicht zur Förderung der namibischen Bevölkerung benutzt.
"For South Africa it is, more than anything else, because of that country's desire to demonstrate to the world its 'good' intentions in relation to the development of South-West Africa. - The scheme will aid development there, and is a vital factor in South Africa's overall strategy in retaining her hold over the mandated territory." (8)



Tatsächlich ist sich Pretoria bewußt, daß sich die öffentliche Meinung der kapitalistischen Welt sehr leicht mit dem "wirtschaftlichen Fortschritt" beeindrucken läßt und die menschlichen und politischen Aspekte solcher Entwicklungsprojekte allzu gern übersieht. Daher versucht die Regierung Südafrikas bei ihren Bemühungen, sich Namibia einzuverleiben, durch forcierte Investitionen wie z.B. das Cunene-Projekt die wirtschaftliche Integration Namibias zu beschleunigen und damit eine Trennung von Südafrika unmöglich zu machen.

So wie Portugal in den Projekten Cabora Bassa und Cunene hauptsächlich eine Waffe gegen die Befreiungsbewegungen Frelimo bzw. MPLA sieht, so sieht auch Südafrika im Cunene-Pro-

jekt die Möglichkeit, der Schaffung von Voraussetzungen für eine wirkungsvollere Bekämpfung der Befreiungsbewegung von Namibia (SWAPO), die für eine Trennung Namibias von Südafrika kämpft. Neue Ansiedlung von Weißen, die verbesserte wirtschaftliche Lage Südafrikas und Portugals sowie ihre durch das Cunene-Projekt erhöhten Gewinnchancen werden ihre Möglichkeiten und ihren Willen steigern, die Repression gegen die Befreiungsbewegungen noch mehr zu intensivieren.

Das internationale Kapital hat selbstverständlich Interesse an diesem Projekt, doch kann darauf jetzt hier nicht eingegangen werden. Stellvertretend für die Interessen des westdeutschen Kapitals seien hier nur die des Krupp-Konzerns erwähnt: Der westdeutsche Kruppkonzern ist in umfangreichem Maße an der Verwirklichung des Cunene-Projektes interessiert (9). Die Eisenerzproduktion in den Konzessionsgebieten von Krupp in Cassinga (Südangola) werden portugiesischen Berichten zufolge in den nächsten Jahren von 5,8 auf 7 Mio. t steigen. Der Mangel an Versorgung mit elektrischem Strom würde diesen ansteigenden Trend beeinträchtigen und eine weitere Produktionsausweitung verhindern. Für das Cunene-Projekt liefert Krupp unter einem 8-Jahres-Kredit Maschinen an die Companhia mineira do Lobito. (10) Mit der Banco de Angola unterzeichnete Krupp im April 1964 einen Vertrag für den Bau von Industrieanlagen und Staudämmen. (11)

(1) NZZ v. 12.10.1969
(2) für die Problematik Cabora Bassa, siehe mein Artikel "Cabora Bassa oder der Imperialismus in den portugiesischen Kolonien", in: Rotes Forum 3/70, Heidelberg und auch C.B.-Artikel in NRF 1/70
(3) Financial Mail, Südafrika v. 15.8.69
(4) NZZ v. 12.10.1969
(5) siehe hierzu UNO-Dokument A/7623/Add.3 vom 25.9.1969 über die portugiesischen Kolonien, S. 58 ff.
(6) id., S. 59
(7) Capital, Lissabon, vom 23.8.1970
(8) Financial Times v. 23.7.1969
(9) id.
(10) id.
(11) Der totalitäre Gottesstaat, eine Dokumentation, Patmos Verlag, Düsseldorf 1970, S. 170

Auszug aus:
Eduardo Ferreira, Namibia (Südwestafrika): Deutsche Kolonie - Mandat Südafrikas - Beute des internationalen Kapitals, in: Neues Rotes Forum, Nr. 2/71

Die sieben Gefängnisse des Pater

PINTO DE ANDRADE

Der portugiesische Priester Pinto de Andrade hat die Rechtsprechung in seinem Land genau kennengelernt. Reinen Gewissens konnten ihn seine Richter in den letzten zehn Jahren sieben Mal inhaftieren - sie hatten keines der bestehender Gesetze gebrochen oder gebeugt. Nach diesen Gesetzen sind die Vorstöße gegen die Menschenrechte, deren Opfer er wurde, alle "legal". In Portugal kann die Polizei jeden sechs Monate einsperren, bevor die Justiz einschreiten muß; die Staatssicherheitspolizei PIDE hat noch weitergehende Kompetenzen, und die bestehende Rechtspraxis erlaubt ihr, auch diese noch zu überschreiten. Sicherheitsverwahrungen können auf unbestimmte Zeit ausgesprochen werden (ein Vorgeschmack auf die in der BRD geplante Vorbeugehaft), und jede oppositionelle Tätigkeit kann als "kommunistisch" oder "subversiv" bestraft werden. Das Schicksal von Pater Andrade wiederholt sich fast zwangsläufig, nicht nur in Portugal, sondern strukturnotwendig in allen diktatorischen Regimen. Und die meisten davon werden vom Vatikan unterstützt. Der Fall Andrade ist ein Lehrstück.

Wegen Separatismus zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, wurde Pater Pinto de Andrade am 30. März durch das Gericht von Lissabon in das Spezialgefängnis für politische Gefangene Fort de Peniche übersiedelt.

Bis dahin war er im Gefängnis der allgemeinen Sicherheitsorganisation in Caxais bei Lissabon interniert. Seit zehn Jahren ist Pater Andrade sieben Mal inhaftiert gewesen. Während seiner letzten Inhaftierung war er für 15 Jahre seiner Bürgerrechte beraubt worden. Dazu mußte er noch während seiner Haft jeden Tag eine Buße von DM 3,-- bezahlen. Aus dem Gefängnis von Caxais hatte er dem Richter einen langen Brief geschrieben, aus dem wir hier einige Auszüge abdrucken. Nachdem er angegeben hatte, wie er im Jahre 1959 Kanzler des Erzbistums von Luanda (Hauptstadt Angolas) und Professor des Priesterseminars geworden war, schreibt er:

In diesem Jahr (1959) fanden die ersten großen Verhaftungen von Nationalisten Angolas in Luanda statt. Die PIDE (Politische Geheimpolizei) tat alles, um mich zu überführen. Sie ging soweit, daß sie versuchte, den Gefangenen durch Folter Geständnisse abzuringen, die mich belasten sollten. Ihre Maßnahmen schlugen fehl. Eine spontane Solidarität mit den Gefangenen und deren Familien entstand in der Stadt. Die Leute beschlossen, die finanzielle Hilfe in einer Hand zu zentralisieren. Diese Person sollte so eine Persönlichkeit sein und so viel Ansehen haben, daß die Leute ihr vertrauen konnten und eine Garantie dafür hatten, daß das Geld und die verschiedenen Hilfen (Nahrung und Kleidung) gerecht verteilt und die Gelder nicht veruntreut würden. Alle Leute waren sich einig, mich für diese Position zu bestimmen. Ich sah es als meine Pflicht an, diesen Auftrag anzunehmen, da es sich um eine Aufgabe der Nächstenliebe und der menschlichen Solidarität handelte. Ich fragte jedoch den Bischof um Rat, und dieser gab mir nicht nur seine moralische Unterstützung, sondern sogar finanzielle Hilfe.

Da ich die Modellpfarrei von Samba betreute, wurde ich andauernd mit den Maßnahmen der administrativen Autorität konfrontiert. Die Kinder der Missionsschule wurden oft unter dem Vorwand des Vagabundierens festgenommen und als Hausdiener in die Häuser der Weißen geschickt. Die Polizisten brachen in der Morgendämmerung brutal in die Häuser ein und zogen die Kinder aus den Betten.

Am 25. Juni 1960 wurde ich gegen 13 Uhr, als ich von meiner Arbeit aus der Kanzlei des Erzbistums kam,

von der PIDE festgenommen. Nach einer Woche Verhör über meine angeblich subversiven Aktivitäten sagte mir der Direktor der PIDE, Inspektor Anibal de S. Josè Lopez: "Ich habe Ihre Aussagen dem Generalgouverneur vorgetragen. Wir haben daraus entnommen, daß es keinen Grund gibt, Sie länger im Gefängnis zu halten. Sie könnten sogleich entlassen werden; Ihre Gegenwart in dieser Stadt ist jedoch gefährlich." So kam es, daß ich unter Militärbegleitung nach Lissabon gebracht wurde. Aber anstatt meiner mir versprochenen Freiheit, wurde ich von einem Kommandeur der PIDE in das Gefängnis von Aljube gebracht; hier wurde ich für mehr als vier Monate in totaler Isolation gehalten.

Im November 1960 wurde ich zusammen mit einem Agenten von der PIDE in ein kleines Schiff verfrachtet. Wir reisten 20 Tage lang, und niemand verriet mir unseren Bestimmungsort. Man hat mich gezwungen, auf der Insel Puerto-Principe auszusteigen, und ich wurde dem örtlichen Kommandanten der PIDE übergeben. Der Beamte, Moreira, sagte mir, daß ich frei wäre, doch überwacht werden würde und auf der Insel bleiben müßte, und daß ich mich jeden Tag auf dem Polizeiposten zu melden hätte. Meine gesamte Korrespondenz wurde zensiert. Auf die Frage, wo ich ein Obdach in diesem unbekannten Land ohne einen Pfennig in der Tasche finden würde, antwortete mir der Beamte der PIDE: "Lassen Sie sich etwas einfallen!" Ich bat daher um Obdach bei der katholischen Mission, die mich für fünf Monate beherbergte. Ich begab mich vier Tage lang in einen Hungerstreik, um mein Gefangenenlos zu verbessern. Daraufhin führten mich zwei Beamte der PIDE am 19. August zum Kloster von Singeverga in der Provinz von Minho. Es wurde mir verboten, die Mauern des Klosters zu verlassen. Ich durfte nicht predigen und keine Beichte abnehmen. Das waren wieder 11 Monate in Abgeschiedenheit.

Am 12. Juli 1962 wurde ich wieder im Kloster von Singeverga festgenommen und ohne jede Begründung in das Gefängnis von Porto geführt. Einen Monat später sperrte man mich in eine winzige Zelle in Aljube (1 : 2 Meter). Licht und Luft kamen gefiltert durch einen Spalt von zwei Eisentüren von 15-20 Zentimeter, der eigentlich immer geschlossen war. Auf dem Brett, das als Bett dienen sollte, lag ein Strohsack, hart wie Stein und voller Knoten, die mir sehr weh taten und sehr hart waren. Um diesem ekelhaften Sack zu entgehen war ich gezwungen, eingerollt in ein Handtuch zu schlafen. Es war verboten, Bettücher zu benutzen. Wenn ich auf dem Bett saß, berührten meine Knie die Mauer.

Nach 177 Tagen Haft wurde ich am 5. Juni 1963 aus der Untersuchungshaft, in der ich ohne Verhaftungsbefehl saß, entlassen. An der Tür des Gefängnisses von Aljube wurde ich jedoch sofort wieder festgenommen und nach Caxais überführt.

Am 8. Januar desselben Jahres wurde ich zur Zentrale der PIDE gebracht. Man teilte mir mit, daß man mich drei Tage früher entlassen hätte und wegen neuer subversiver Aktivitäten gleich an der Tür des Gefängnisses von neuem festgenommen hätte. Aber wo hatte ich diese Aktivitäten ausgeübt? Im Gefängnis selbst oder an der Tür? Auf diese Frage erhielt ich nur Beschimpfungen als Antwort.

Am 14. August 1963, nach 221 Tagen Untersuchungshaft oder vielmehr nach 398 Tagen ununterbrochener Haft ohne Anklage, wurde ich freigelassen, mußte mich aber in einem vorgeschriebenen Wohnsitz, im Dorf Ponte-do-Som im District von Portalegre, aufhalten.

Ich wurde unter Aufsicht der Nationalgarde gestellt. Zivile und bewaffnete Wachen bewachten Tag und Nacht die Tür meiner Unterkunft und folgten mir auf zehn Metern Entfernung bei allen Ausgängen im Dorf. Ich durfte die Grenzen dieses Dorfes nicht überschreiten. Am 24. Januar 1964 wurde ich wieder festgenommen, als ich morgens mein Frühstück in der Gaststätte einnahm.

Ich wurde nach Lissabon geführt und gleich in eine Zelle von Aljube eingeschlossen ohne Voruntersuchung oder Anklage. Am 3. Februar 1964 wurde ich wieder entlassen, jedoch nach Villa-do-Paraiso gebracht, und mußte im Seminar von Boa-Nova, das von den Patres der Überseemission geführt wurde, wohnen. Begrenzte Ausgehmöglichkeiten in Gaia; Telefongespräche und Korrespondenz sowie alle Besucher wurden überwacht. Die Agenten der PIDE und andere Spitzel bewachten mich Tag und Nacht und folgten mir überall hin. Unter diesen Umständen lebte ich drei Jahre lang in Villa-do-Paraiso (1964-67).

Am 7. April 1970 wurde ich zum sechsten Male festgenommen. Das geschah auf der Straße, als ich gerade meinen Wohnsitz verließ, und zwar unter sehr merkwürdigen Umständen, einem Kidnapping in Lateinamerika ähnlich. Man brachte mich wieder ins Gefängnis, und dort bin ich heute noch.

aus: LE MONDE vom 31. Mai 71
übersetzt von Elisabeth Herr

Schweizer Bank ködert afr. Politiker

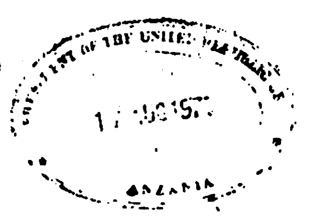
RHEINKAPITAL GMBH
GESELLSCHAFT FÜR KAPITALANLAGEN
UND KAPITALBETEILIGUNGEN
CH-7000 CHUR/SCHWEIZ
ENGADINSTRASSE 8



RHEINKAPITAL GMBH · CH-7000 CHUR · ENGADINSTRASSE 8

To
His Exellency President Dr. Julius Nyerere
President of United Republic of Tansania
Government Palace

Dar-es-Salaam / Tansania



IHR ZEICHEN | IHRE NACHRICHT VOM | UNSER ZEICHEN | CH-7000 CHUR/SCHWEIZ

August 5th, 1971

Your Exellency President Dr. Julius Nyerere,

Diejenigen, welche in diesen Tagen auf der Erde regieren, sind der ständigen Gefahr subversiver kommunistischer Aufstände ausgesetzt, wie sie fast jeden Tag durch die Kommunikationsmittel berichtet werden. Das von den Regierenden in ihrem eigenen Land investierte Kapital stellt für den Fall derart schwerer Schicksalsschläge keinerlei Sicherheit dar. Oft geschieht es, daß sogar Kapital, das bei großen ausländischen Banken hinterlegt wurde, nicht mehr verfügbar ist, da zahlreiche Angestellte in den großen ausländischen Banken von diesen Guthaben Kenntnis besitzen. Dadurch ist es für Aufständische und Revolutionäre ein Leichtes, solche Guthaben ausfindig zu machen und sie sofort sperren zu lassen. Zur Beschleunigung dieser Maßnahmen üben diese unerbittlichen Menschen oft über einheimische Banken auf die entsprechenden Geldinstitute Druck aus, indem sie mit Enteignung des ausländischen Kapitals drohen. Auf diese Weise können die vielen, denen so übel mitgespielt wurde, nicht mehr über das Kapital verfügen, das so nötig für den gewohnten und angemessenen Lebensstil im Ausland ist.

Aus diesem Grund richtet unsere Gesellschaft in der neutralen Schweiz für regierende Herrscher und Staatsoberhäupter oder deren Familien und ihnen Nahestehende Konten ein und verwaltet ihr Kapital treuhänderisch im Namen der Investoren. Ihr Geld wird zu Ihren Gunsten in der westlichen Welt angelegt werden. Die auf diese Weise erzielten Gewinne werden dem hinterlegten Kapital am Ende jeden Jahres zugeschlagen und weiterhin verwahrt, bis wir einen anderslautenden Auftrag erhalten. Durch einen Kreditbericht werden Sie über die in Verbindung mit Ihrem hinterlegten Kapital getätigten Geschäfte informiert werden.

Nur zwei Angehörige unserer Gesellschaft werden von diesem Konto Kenntnis haben. Unsere vertrauenswürdige und zuverlässige Direktion, bestehend aus einem staatlich geprüften Volkswirt und Politikwissenschaftler sowie einem Juristen, beide mit Doktor-Titel, besitzt eine jahrelange Erfahrung im Bankgeschäft und auf dem Geldmarkt, welche unserer Gesellschaft zur Verfügung steht. Sie wissen sich gegen jederlei ungewöhnliche Vorkommnisse zu verteidigen. Überdies fallen die Geschäfte unserer Gesellschaft unter das allseits bekannte Schweizerische Bankgeheimnis, so daß niemand etwas über irgendeine Kapitalhinterlegung in Erfahrung bringen kann.

Was das Verfahren betrifft, so wird ein Konto auf folgende Weise eingerichtet: Sie überweisen Ihr Geld auf unser unten angegebenes Postscheckkonto, aus Währungsgründen und der Einfachheit halber übernehmen wir Ihr Kapital in Schweizerischer Währung, und wir zahlen Ihr Geld auch in Schweizerischer Währung zurück, obwohl wir Ihr Kapital möglicherweise in westlichen Ländern investiert haben. In Ihrem Namen wird Ihrem Konto eine geheime Nummer gegeben, und es wird von uns als Zeit-Konto geführt oder in Form von Sicherheiten in der westlichen Welt investiert werden. Wir werden uns niemals auf riskante Spekulationen einlassen, so wie es von anderen Gesell-

schaften praktiziert wird. Wir werden stets um die Liquidität und die Sicherheit Ihres Kapitals bemüht sein.

Ihre Kontenquittung sowie der Kontoauszug unseres Postscheckkontos beim Postscheckamt in Chur/Schweiz werden Ihnen die empfangene Zahlung bestätigen. Unsere verbindliche Quittung wird darauf folgen. Ihr Paß, Ihr Name und Ihre Unterschrift werden uns als Identitätsbeweis für die Zahlungsanweisungen dienen, die Sie uns später erteilen werden. Bitte senden Sie uns Ihr Paßphoto mit Ihrer Unterschrift auf der Rückseite, sobald Sie das Geld überwiesen haben. Wenn Sie es wünschen, können Sie auch Ihren Fingerabdruck auf der Rückseite Ihres Photos hinzufügen (Mittelfinger und Daumen der rechten Hand). Solange Sie Ihr Kapital unter unserer Verwahrung zu belassen wünschen, werden Ihr Paßphoto, Ihr Name und Ihre Unterschrift sowie die geheime Nummer Ihres Kontos im Safe unserer Bank verbleiben.

Die oben erwähnten Vorsichtsmaßnahmen werden garantieren, daß nur Sie oder von Ihnen bevollmächtigte Personen über das Konto verfügen können.

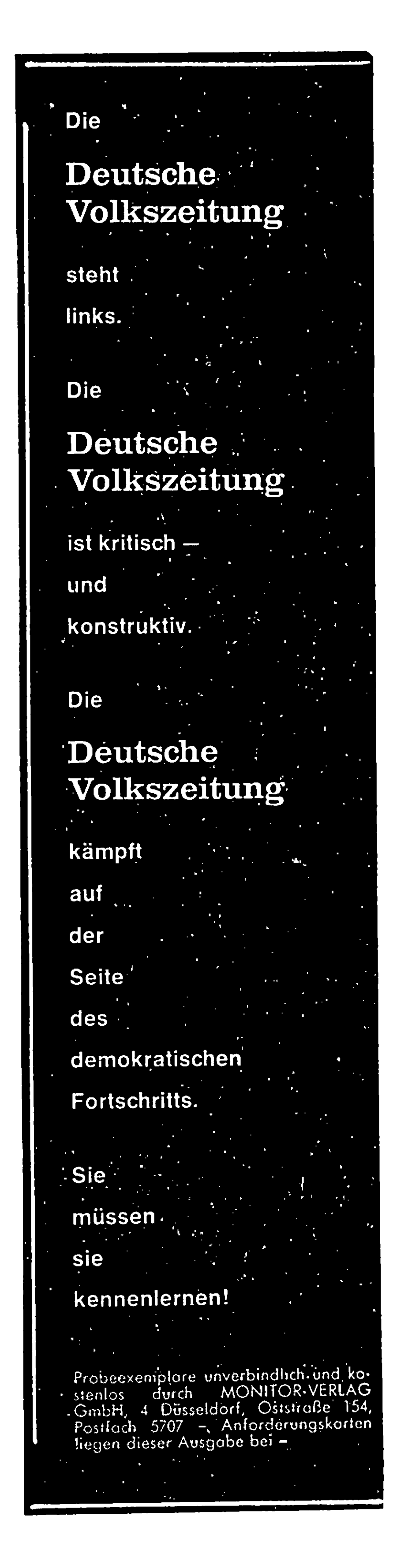
Die Gebühren für die Verwaltung Ihres Kontos werden im voraus für einen Zeitraum von fünf Jahren zum einmaligen Satz von 9.25 % erhoben, d.h. die Gebühren betragen 1.85 % des Kontobetrages pro Jahr. Das gleiche gilt für die verwahrten Zinsen. Diese Gebühren werden gerechtfertigt durch unser ständiges Bestreben um eine Wiederanlage des investierten Kapitals, damit die größtmögliche Liquidität und Sicherheit für Ihr Konto gewährleistet ist. Bank-Unkosten zu Lasten Ihres Kontos werden Ihnen mitgeteilt. Sollte das Kapital vor Ablauf von fünf Jahren zurückgezogen werden, so bleibt die im voraus bezahlte Gebühr von 9.25 % unser Eigentum.

Für die Zukunft wird Ihnen unser Anlageberatungsdienst zur Verfügung stehen. Dieser Dienst kann auch in Ihrem Land erteilt werden, sofern die Auslagen und Beratungsgebühren im voraus bezahlt werden.

Wir hoffen, daß unser Vorschlag Ihre Billigung findet. Wir wären glücklich, wenn Sie unserer Gesellschaft Ihr Vertrauen schenkten, und erwarten Ihre baldige Antwort.

Yours faithfully,
RheinKapital GmbH
Gesellschaft für Kapitalanlagen
und Kapitalbeteiligungen

aus: THE STANDARD (Dar-es-Salam)
2.9.71, Übersetzung: lt



Strukturdaten der Unterdrückung:

MALAWI

1. Allgemein

Fläche: 119 310 km² - 127 368 (die Zahlenangaben sind schwankend)

Einwohnerzahl: 4,1 - 4,4 Millionen davon: 11 000 Asiaten, 7 500 Europäer

Bevölkerungswachstum: 2,4 %

Hauptstadt: Zomba (20 000 E.)

geplante neue Hauptstadt: Lilongwe (19 000 E.)

größte Stadt: Blantyre (110 000 E.)

Amtssprache: Englisch, dazu als Umgangssprache Chinyandscha

Stämme und Religionen: Nyanja, Nguru, Yao, Ngoni, Thonga

Über 2 Mio sind Anhänger von Naturreligionen;
700 000 Katholiken;
500 000 - 1 Mio Moslems;
400 000 Anglikaner;
ferner sind fast alle christlichen Sekten vertreten

Einschulungsquote: 5 - 10 %

Gesundheitsversorgung: 1 Arzt auf über 35 000 Menschen

2. Politisch-sozial

Die Portugiesen und Araber verschleppten über den berüchtigten Sklavenweg vom Nyassasee an die Küste jährlich Zehntausende von Sklaven aus Malawi. Nach Dokumenten des Zollamtes in Sansibar von 1850 trafen allein dort jährlich 19 000 Sklaven "aus diesem Nyassaland" ein, obwohl die unmenschlichen Transportbedingungen nach Aussage Livingstones "nicht ein Zehntel" die Küste erreichen ließen.

Auf dem Berliner Kongreß erhielt Malawi als englische Kolonie Nyassaland seine jetzige Gestalt (1885).

1953 wurde Nyassaland von England mit dem damaligen Südrhodesien (heute Rhodesien) und Nordrhodesien (heute Sambia) auf Drängen der südrhodesischen Siedler zur Zentralafrikanischen Föderation zusammengeschlossen.

Nach Unruhen, deren Motor Dr. Banda war, wurde Malawi am 6. Juli 1964 unabhängig.

Am 6. Juli 1966, dem Tag der Umwandlung M. in eine Republik, wurde eine neue Verfassung verkündet, die das Präsidialsystem installierte und Malawi zum Einparteienstaat machte (MCP: Malawi Congress Party). Der Präsident, Dr. Banda, ist gleichzeitig Regierungschef, Außenminister, Oberbefehlshaber der Armee und Vorsitzender der Einheitspartei.

Das Parlament besteht aus einer Kammer mit 53 Abgeordneten, davon 50 durch allgemeine Wahl ermittelt, die restlichen 3 von der europäischen Bevölkerung gewählt. Die auf den 6.4.64 angesetzte Wahl fiel aus, da sich keine Gegenkandidaten zu den 50 Vertretern der Malawi-Kongreßpartei und den 3 europäischen Kandidaten fanden. Sie galten daher als gewählt und die Regierung als bestätigt.

Dr. med. Hastings Banda

1906 - Besuch der Missionsschule; Studium in den USA und Schottland.

1959 - Verhaftung in England, galt als einer der entschlossensten Nationalisten Afrikas; Freundschaft mit Nyerere, gemeinsame antikolonialistische und antirassistische Deklaration 1960. Nach der Unabhängigkeit überraschende Wandlung Bandas; extremer Antikommunismus (Malawi hat mit keinem kommunistischen Staat diplomatische Beziehungen). Zitat: "Ich habe keine Angst vor Königin Elizabeth II. Aber ich habe sehr viel Angst vor jenem zweiten Dschingis Khan, der jetzt in Peking regiert." "Die Kommunisten wollen Afrika seine Seele nehmen, sie werden vor nichts zurückschrecken." Sein Verhältnis zur innerparteilichen und innenpolitischen Opposition bezeichnete der britische "Guardian" als despotisch. Seitdem einige der zurückgetretenen und entlassenen Minister in Tansania Asyl erhielten, sieht Banda in Tansania seinen großen Feind. Banda drohte allen Geflüchteten öffentlich mit der Todesstrafe und forderte von Tansania deren bedingungslose Auslieferung.

1965 - OAU-Konferenz in Akkra wegen der drohenden einseitigen Unabhängigkeitserklärung der rhodesischen Siedler. Banda lehnte jeden Boykott Rhodesiens, Südafrikas oder Portugals entschieden ab. Großbritannien warf er vor, gegenüber Rhodesien "zu hart" zu sein.

1965-67 - Vertrag mit Portugal über die Beziehungen Malawi-Mocambique; (Malawis Ehrenkonsul in Beira, Mocambique, ist ein Portugiese.) Handelsvertrag mit Südafrika (Inhalt geheimgehalten). Mehrfache Besuche Mocambiques; Gebietsansprüche gegenüber Tansania und Sambia.

1971 - Staatsbesuch Südafrikas; Aufnahme diplomatischer Beziehungen; erneuter Besuch Mocambiques.

3. Wirtschaftlich

Malawi hat als drittärmstes Land der Welt ein Pro-Kopf-Einkommen von 46 US-$ jährlich. Außer Landwirtschaft gibt es fast nichts; 95 % der Bevölkerung lebt auf dem Land.
Der Warenexport belief sich 1970 auf 24 500 000 Malawi-Pfund (= engl. Pfund); der Import erhöhte sich auf 35 750 000 Malawi-Pfund.
Das Handelsbilanzdefizit betrug somit 11 250 000 Malawi-Pfund.

Banken:

Barclays Bank und Standard Bank; seit 1964 auch die "Reserve Bank of Malawi".

A. Landwirtschaft

Die wichtigsten Exportprodukte:

Tabak	(1968)	für	5.285	Mio	Malawi-
Tee	"	"	4.850	"	Pfund
Erdnüsse	"	"	2.308	"	"
Mais	"	"	1.653	"	"

B. Industrie

Kleinere Fabriken zur Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte. Einige im Aufbau befindliche Textilfabriken, die einen Markt in Südafrika suchen. In der Industrie arbeiten weniger als 17 000 Menschen in Dauerstellung. Geringe Produktion an Eisenerzen und Zement.

C. Außenwirtschaftliche Abhängigkeiten

Das wachsende Handelsbilanzdefizit (1964 noch 1 800 Mio. Malawi-Pfund) wurde bisher hauptsächlich durch eine Budgethilfe Englands gedeckt (im Haushaltsjahr 1971-72 noch 1,8 Mio Malawi-Pfund). Ab 1974 soll diese Hilfe aufhören. Von der Gesamtsumme, die für Entwicklungsaufgaben im Haushalt 1971/72 bestimmt ist, 15 200 000 Malawi-Pfund, müssen 12 550 000 Pfund von ausländischen Quellen finanziert werden. Infolge des starken Einstroms von ausländischem Kapital zeigt daher Malawi trotz der negativen Handelsbilanz einen Zahlungsbilanzüberschuß von 3 400 000 Pfund.
Der wichtigste Handelspartner Malawis ist England mit einer Beteiligung von 8,627 Mio Pfund (1968) am Export und mit 8,994 Mio Pfund am Import.
Rhodesien steht als Lieferant an zweiter Stelle: 1967 kam von den Einfuhren Malawis fast ein Drittel aus Rhodesien. Über 100 000 malawische Kontraktarbeiter arbeiten in Rhodesien.
In Südafrika arbeiten über 100 000 Einwohner Malawis. Südafrika gibt außerdem Wirtschaftshilfe (6,4 Mio Pfund) für den Bau einer Eisenbahn in Malawi zum Anschluß an das Verkehrsnetz Mocambiques. Mit dieser Eisenbahn sollen später auch Eisenerze nach Südafrika transportiert werden. Die von England als volkswirtschaftlich unproduktiv abgelehnte Verlegung der Hauptstadt von Zomba nach Lilongwe wird von Südafrika mit einem Kredit in Höhe von 5 Mio Pfund unterstützt. Südafrika organisiert auch den Fremdenverkehr Malawis (haupts. bestehend aus Südafrikanern und Rhodesiern; 1968 über 30 000 Besucher, 1971 werden Einnahmen von 1 Mio Pfund aus dem Tourismus erwartet, sowie 2 Mio Pfund aus den Löhnen der Kontraktarbeiter). Der gesamte Stahl wird aus Südafrika importiert. Die Bauxitlager sollen mit Hilfe SAs erschlossen werden. Nach Berichten der englischen Zeitung "Observer" soll bei Lilongwe ein Militärflughafen gebaut werden.
Der gesamte Überseehandel wird über die Häfen Beira und jetzt auch Nacala in Mocambique abgewickelt.
Banda hat der Befreiungsbewegung FRELIMO das Betreten des Landes untersagt und läßt an den Grenzen strenge Kontrollen durchführen. Festgenommene Guerillas werden an die Portugiesen ausgeliefert. Die USA unterstützen Malawi in so hohem Umfang, daß es zu "Kompetenzstreitigkeiten" mit England kam.

Im Herbst 1963 besuchte Dr. Banda die BRD und sprach sich an der Berliner Mauer für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung aus. Anschließend erhielt er eine Kapitalhilfezusage von 50 Mio DM. Die BRD hilft Malawi im Straßenbau (von 5 000 km Straßen sind 400 km geteert), beim Aufbau der Landwirtschaft und des Rundfunks (der auf kommerzieller Basis arbeitet). Die BRD führte 1965 für ca. 3 Mio DM Waren ein und exportierte für 5 Mio DM nach Malawi.

Quellen:

afrique '70, Sammelband, hrsg. von Jeune Afrique, Paris
AFRICA, An international business, economic and politival monthly, London, Nr. 3, 1971, S. 28 ff.
Börsen- und Wirtschaftshandbuch 1970, Societätsverlag, S. 336
Holzer, W.: 26 mal Afrika, Piper 1967, S. 490 ff.
Munzinger-Archiv, MALAWI
Schimmelpfennig, E.: Malawi, 1965, Bonn, Schriftenreihe der Deutschen Afrikagesellschaft, Bd. 30.

KENIA - SERIE

Wo das Reisen noch schön sein soll[1]

"... freedom from poverty, disease and exploitation; equal opportunities for advancement; rising incomes fairly distributed among the people and the recognition of the dignity of every individual." (2)

Bilanz einer ernüchternden Kenia-Reise in 6 Folgen

Einer der Mitarbeiter des iz3w konnte im Frühjahr 1971 eine Reise durch Kenia unternehmen. In mehreren Folgen geben wir die Bilanz dieser Reise wieder, die mit zahlreichem Material einen Einblick in das "Entwicklungsmodell" Kenia gewähren soll.

3.Teil

Noch besser und vornehmer als Eton: Besuch einer kenianischen Elite-high-school

ALLIANCE HIGH SCOOL

- Ein harter aber totsicherer Weg nach oben.

Rund die Hälfte der Minister im kenianischen Regierungskabinett und ca. 70 % kenianischer Beamte im Range von Staatssekretären sind "Old Boys" - Old Boys der Alliance High School, der traditionsreichsten unter den 6 vornehmsten high schools des Landes. "Old Boys", so nennt man liebevoll und mit einem Anflug von Ehrfurcht die erfolgreichen Absolventen dieses in soziologischen wie schultechnischen Sinne gehobenen Lehrinstitutes.

Wenn so viele Persönlichkeiten der Politik als Jugendliche in der Alliance H.S. einer sechsjährigen Formung - von Ideologisierung wollen wir an dieser Stelle noch nicht sprechen - dann muß ein Kennen-Lernen von soziologischer Struktur und geistigem Klima dieser Schule uns helfen können, gewissermaßen über einen sozialpädagogischen Einstieg die Prinzipien aufzuspüren, nach denen Kenyas derzeitige Machtelite die kenianische Gesellschaft "modernisiert".

Zaun oder Mauer und verschlossene Tore fehlen (jeder kann gehen; allerdings, wenn ohne Erlaubnisschein, nicht wieder zurückkehren). Ansonsten fehlt es an keinem Merkmal kasernierten Zusammenlebens von Schülern und Lehrern, von Mannschaft und Offizierkorps: Schul- und Rangsymbole wie Schulfahne, Schulabzeichen, Schuluniform usw.; Gemeinschaftsschlafräume mit Spint, Stubendurchgang, 9-Uhr-Zapfenstreich usw.; Morgenappell mit Strammstehen, Krankmeldungen, Befehlsausgabe usw.; rationierter Wochenendausgang (abends grundsätzlich kein Ausgang); ... und schließlich das Lehrerklientel ("Präfekten"): das sind aus der Schülerschaft rekrutierte "Mannschaftsgenerale" (Schüler der Abschlußklassen), die in Gegenwert zu den Privilegien, die ihnen gegenüber ihren Mitschülern eingeräumt sind, mit "dienstgeiler" Strenge die Ausführung der Anweisungen ihrer Oberen überwachen, und, wie in einer autoritären Machtstruktur nicht anders zu erwarten, von dieser Macht und den vielfältigen Möglichkeiten ihres Gebrauches (oder Mißbrauches) durch und durch beseelt scheinen.

Die Oberen, d.h. die Lehrer in Alliance, sind froh, daß man gerade hier über einen gut funktionierenden schwarzen Verwaltungsstab verfügen kann, denn 25 Angehörige des 30 Personen umfassenden Lehrerkorps sind Europäer (24 Engländer u. 1 Deutscher), und von daher habe die Lehrerschaft, wie mir gesagt wird, nur ein begrenztes Einfühlungsvermögen in die (afrikanische) "Mentalität" ihrer Schüler. Das Präfektensystem kann deshalb den Lehrern in der Ausübung ordnungssichernder Funktionen helfen, unschöne europäisch - afrikanische oder schwarz - weiße Konfrontationen zu vermeiden.

Für die Überrepräsentation von Europäern im Lehrerkollegium gibt man sich gegenseitig die Schuld. Ein afrikanischer Lehrer, der erst wenige Monate in Alliance tätig ist und auch bald wieder gehen will, nennt als Hauptgrund den unerträglichen englisch-konservativen Stil der Schule; einige europäische Lehrer hingegen sind sich darin einig, daß Afrikaner, die die Qualifikation für eine Lehrtätigkeit an der Alliance H.S. hätten, eben lieber eine finanziell attraktivere Universitäts- oder Regierungslaufbahn vorzögen. Beide Argumente können für sich eine gewisse Plausibilität in Anspruch nehmen.

Bleiben wir zunächst bei dem "englisch konservativen Stil" der Schule. Aufschlußreich ist da im weiteren die Architektur: Als Bauplatz für Alliance hatten sich die Gründungsväter der Schule (englische Missionare) ein landschaftlich idyllisches Fleckchen ausgesucht - ganz in der Nachbarschaft von Nairobi, durch einen Waldgürtel aber hermetisch gegen den späteren Rummel dieser Stadt abgeschirmt. Nach fast einem halben Jahrhundert Bautätigkeit - auf Raten - hat man dann in der Tat auch etwas aus dem Terrain gemacht. Am auffälligsten ist die architektonisch mäßig modern, aber aufwendig gestaltete Kirche, eigens für die 500 Schüler der Schule geschaffen (in ihr werden regelmäßig nach einer raffiniert durchdachten Kompromißformel synchron Moslems und Christen fünf verschiedener Glaubensrichtungen gottesdienstlich betreut). Repräsentativ sind weiter: 2 Bibliothekshäuser, eine 400 Personen Platz bietende holzgetäfelte Assembly-Hall, ein mit ausgereifter Vorführtechnik ausgestatteter Theatersaal ähnlicher Größenordnung (in dem während meines Rundganges fleißig geprobt wird ..., natürlich Shakespeare) und schließlich eine überdimensionale Dining-Hall. Aufwendig ist dann noch das mit eineinhalb Millionen DM von der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (!) bezuschußte Gebäude für die Unterrichtsfächer Physik, Chemie und Biologie. Sehr viel bescheidener, wenn auch in ordentlichem Zustand: die Unterrichtsräume für Sprachen, Wirtschaftslehre und "Public Affairs". Die Fächer Kunst und Handwerk (Industrial Arts) werden entsprechend ihrem Nutzwert in einer Baracke unterrichtet. Primitiv oder besser: spartanisch sind die Wohn- und Schlafräume für die Schüler - ebenfalls Barackenstil. Als I-Tüpfelchen zum englischen Charakter der ganzen Anlage präsentieren sich dem Beobachter die tadellos gepflegten Rasenanlagen und die Wohnbungalows der Lehrer - im englischen Landstil.

Architektonisch sind danach die Prioritäten deutlich gesetzt: An herausragender Stelle eine unsinnige Zahl hybrider Repräsentationsbauten, die zusammen finanziell das drei- oder vierfache von dem verschlungen haben was für die schulischen Funktionsbauten und die Schülerwohnbaracken aufgewendet wurde. An letzter Stelle die wohnlichen Bedürfnisse der Schüler; oder um das ganze auf eine schlagwortartige Formel zu bringen: kollektiver Pomp und individuelle Askese (Schüleraskese!). Entschuldigend könnte zum letzten eingewendet werden: die Schüler der Alliance H.S. zahlen ja so gut wie nichts für ihre Ausbildung und sind zum Teil von zu Hause her nicht verwöhnt. In der Tat ist Alliance unter den 6 "ersten" Schulen des Landes auf Grund staatlicher Zuschüsse die mit Abstand billigste und damit die Ausnahme von einer kenyanischen Regel die besagt, daß eine Schulbildung, die mit hoher Wahrscheinlichkeit den Weg für eine Universitäts-, Verwaltungs- oder Regierungslaufbahn und ähnliches öffnet, viel Geld kostet und genauer gesagt eben das kostet, was eine solche Schulbildung auf dem privatwirtschaftlich betriebenen Bildungsmarkt eines "aufstrebenden" Entwicklungslandes wert ist. Der nicht-kommerzielle Status von Alliance bedeutet für die Schüler allerdings nicht völlige Schulgeldfreiheit. 600 kenianische Schillinge (ca. 400 DM) werden vom Schüler pro Jahr gefordert. Das ist fürwahr wenig und macht Alliance zu einer Chance für viele in Kenya. Natürlich nicht für das ländliche und städtische Proletariat. Für Bauern mit mittelgroßem Landbesitz, für die wachsende städtische Mittelschicht jedoch ist das Schulgeld für Alliance keine unüberwindbare Barriere. Die übrigen Aufnahmekonditionen scheinen desgleichen relativ fair zu sein: Alle Stämme des Landes werden entsprechend ihrer Stärke berücksichtigt; die Prüfungsverfahren für die Zulassung sind, wenn auch angesichts des großen Andranges überaus hart , so doch offensichtlich ohne soziale Diskriminierung. Natürlich fehlt es nicht an Versuchen von Oberschichtsfamilien, ihre Kinder der Schule zu "empfehlen". Der Erfolg solcher Versuche scheint allenfalls bei den geehrten "Old Boys" (erstaunlich viele Kinder von Alliance-Absolventen sind Schüler von Alliance: ca. 20 %),und einflußreichen Persönlichkeiten des "Öffentlichen Lebens" gewährleistet zu sein. Mißt man dem zuletzt Gesagten nicht übertrieben viel Bedeutung bei, so kann man konstatieren: Alliance bietet eine einigermaßen faire schulische Chance für Kinder aus Familien, die nicht der Oberschicht des Landes angehören (die Schülerschaft scheint auch mehrheitlich nicht der Oberschicht zuordbar zu sein). Alliance dient demnach im Gegensatz zu den übrigen "gut renommierten" Schulen des Landes nicht primär der Selbstrekrutierung der schwarzen Oberschicht Kenias, sondern ist wesentlich zu werten als ein schulischer Aufstiegskanal für Angehörige anderer Bevölkerungsschichten. Endlich ein erfreulicher Aspekt, so könnte man an dieser Stelle erleichtert feststellen. Die in Alliance investierten eineinhalb Millionen der Evangelischen Zentralstelle lassen sich so vielleicht doch rechtfertigen?

Verschieben wir diese Überlegung besser an den Schluß und fahren zunächst in der Beschreibung dessen fort, was wir oben lapidar Struktur und Klima der Schule nannten: die schulischen Leistungsanforderungen.

Alliance bemüht sich landesweit um ein vom geistigen Potential her optimales Schülermaterial. Als die traditionsreichste Eliteschule Kenias, die zudem noch mit staatlicher Unterstützung arbeitet, hat man sozusagen ein Anrecht auf das Beste im Land. Ausgestattet mit allen Befugnissen zur Disziplinierung der Schüler und weiteren freimütig gehandhabten Leistungsauslesemöglichkeiten scheint das pädagogische Bemühen der Lehrer ausschließlich oder primär von dem Ehrgeiz bestimmt, ein Maximum an Leistungen aus den Schülern herauszuholen. Als Leitfaden des pädagogischen Vorgehens dient ein sogenannter "Cambridge-Lehrplan" - in England konzipiert und mit einigen örtlichen Zusätzen versehen, wie zum Beispiel den Unterrichtsfächern "agriculture" und "industrial arts". "Spezifisch afrikanische Probleme" werden allerdings auch in Fächern wie Wirtschaftskunde und "public affairs" angesprochen. Der für diese beiden Fächer in Alliance zuständige Lehrer (Engländer) wird in der Tat von seinen Kollegen als Kenner des Landes bezeichnet. Wie seine Kenntnisse über Kenya gewichtet sind, macht er freimütig in der These deutlich, daß seiner Meinung nach der Sozialismus absolut nichts für Kenia sei. In der Abschlußprüfung seines Faches werden entsprechend diesem Bekenntnis und den Vorschriften des sog. "Cambirdge-Examens" (in England konzipiert und von dort beaufsichtigt) jahrelang gepaukte Lehrweisheiten und Glaubensbekenntnisse kapitalistischen Wirtschaftens abgefragt (der mir vorliegende Fragebogen der Abschlußprüfung in der Fächerkombination "Economic and Public Affairs" geht mit <u>nicht einer</u> der 12 Fragen an die Prüflinge auf Probleme einer sozialistischen Wirtschaftsordnung ein). Das Leistungsniveau ist erwartungsgemäß hoch. Der Ehrgeiz der Lehrer überträgt sich unter der permanent gegenwärtigen Drohung des Schulausschlusses quasi problemlos auf die Schüler. Die Leistungen an deutschen Oberschulen bleiben, so wird mir versichert, weit hinter den in Alliance erzielten zurück. Zufrieden ist man deswegen noch nicht. Es wäre eigentlich mehr zu erreichen, wenn ... Über diesen Punkt will mein europäischer Gesprächspartner nicht deutlicher werden. <u>Natürliche</u> Leistungsschranken des Afrikaners? Vieldeutiges Schulterzucken!

Unzufrieden ist man noch über etwas anderes, das wahrscheinlich gerade von europäischen Lehrern als ernüchternd empfunden werden muß: ich meine die angesichts der drängenden Probleme Kenias fast schon zynisch wirkende Offenheit, mit der Schüler, die "es geschafft haben" oder im Begriff sind "es zu schaffen", ihre egozentrisch geprägten sozialen Aufstiegswünsche aussprechen. "Die wollen meistens doch nur Karriere machen", so stellt ein Lehrer resignierend fest. Damit sind wir eigentlich wieder angelangt bei der oben aufgetretenen Frage, warum sich zum Beispiel für die finanziell nicht so gut dotierten und mit einem nicht sehr hohen Prestigewert ausgestatteten Lehrerstellen an der Alliance keine qualifizierten afrikanischen Lehrer finden. Die beiden bereits gegebenen Antworten dürfen uns jetzt nicht mehr überraschen: Was kann ein Schüler, in Alliance geformt und geknetet, anderes wollen, als sich in den nachfolgenden Jahren den Lohn zu holen für die Entbehrungen unter diesem sechsjährigen Disziplinierungs- und Leistungsdruck, - Entbehrungen, die inhaltlich beim besten Willen, nicht vom Beobachter so wenig wie vom Schüler selbst, in eine Beziehung zu den nationalen Problemen eines Entwicklungslandes gesetzt werden können und, zumindest objektiv, nicht anders zu werten sind als ein Tribut, den der Schüler, der, nennen wir es zunächst einmal: kauzigen Idee eines Eaton auf afrikanischen Boden zu bringen hat. Die Art der Entlohnung, die der Schüler, nachdem er Alliance durchgestanden hat, sucht oder wählt, ist eindeutig in der Eaton-Idee selbst angelegt; das ist: auf dem direktesten Wege zur Spitze der Gesellschaft vorzustoßen und sich hier einer englisch gebildeten, europäisch "zivilisierten" Elite zurechnen zu können, wobei er natürlich auch materiell mit all dem versehen sein will, was einem elitären Status europäischen Vorbilds äußeren Glanz verleiht: aufwendige Konsumartikel. Lehrerstatus und -gehalt können unter den Umständen nicht als befriedigend betrachtet werden.

So besehen ist diese noch in finsterster Kolonialzeit geborene Idee einer Heimschule nach traditionellem englischem Vorbild allenfalls <u>vordergründig</u> als absurd oder kauzig zu bezeichnen. <u>Hintergründig</u> jedoch ist in Alliance und Schulen ähnlichen Charakters, ob von den Verantwortlichen in dieser Weise reflektiert oder nicht, eine hochwirksame und zunächst auch unauffällige Verfahrensweise zu sehen, mit der eine ehemalige Kolonialmacht flankierend zu sog. wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen die Oberschicht eines politisch formell unabhängigen

Entwicklungslandes fest im Griff behält. Sie führt über die Aufrechterhaltung von Institutionen wie die Alliance High School dieser Oberschicht kontinuierlich, abgekürzt ausgedrückt: Eaton-orientierte Karrieristen zu, die sich dann als respektierliche "Old Boys" schwerlich gegen ihre Ziehmutter wenden. Sie ist es ja schließlich, die ihnen elitäre Würde verlieh und sie ist es, die ihren finanziellen Wünschen zur materiellen Manifestation dieser Würde, vorsichtig ausgedrückt: weitgehend entgegenkommt - das Letzte nicht selten über mehr oder weniger legalisierte Bestechung ..., aber dieser letzte Punkt bedarf noch eines stichhaltigen Tatsachenfundaments. Deshalb im nächsten Heft: "Wer sitzt in Kenya an der Futterkrippe."

siba



„Hier, schön teilen aber nicht verjubeln!"

---

(1) In Abwandlung eines in F.R. abgedruckten Kenia-Reiseberichtes: "Wo das Reisen noch schön ist", 6.11.69

(2) Sozialpolitische Ziele, die die Kenianische Regierung vorgibt, mit ihrem seit 1970 laufenden 5-Jahres-Plan anzusteuern; abgedruckt in "Planning for Progress-Our Second Development Plan", Nairobi 1970

KONZERNE:

A u s b e u t u n g
im Zeichen des Äskulap

Die indische Arzneimittel-Industrie, weitgehend aufgebaut und kontrolliert von westlichen Konzernen wie CIBA, SANDOZ, BAYER, HOECHST, PFIZER, geriet vor einigen Monaten ins Schußfeld öffentlicher Kritik. Chemieminister Dr. SEN warf den Konzernen "Mangel an sozialem Verantwortungsgefühl und die Durchsetzung überhöhter Preise" vor. (1) Die indische Regierung veröffentlichte eine Stellungnahme, in der sie beklagte, daß die Hersteller auf die Kosten 400 % aufschlagen, stattdessen müsse erreicht werden, daß sie sich mit einem Gewinn von 100 % (!) begnügen. (2) Deswegen legte die indische Regierung am 3. April 1970 einen Plan vor, um die Medikamentenpreise auf dem Verordnungswege zu senken, nachdem Verhandlungen mit der pharmazeutischen Industrie über eine freiwillige Preisreduzierung nicht den gewünschten Erfolg hatten.

Der Verordnungsentwurf sieht außerdem eine Kontrolle darüber vor, daß "kein Mißbrauch mit auf dem Pharmazie-Sektor erteilten Patenten getrieben werde". (3) Überhöhte Preise, hohe Patentgebühren und lange Laufzeiten der Patente sind eindeutig Mittel, den Profit der Konzerne auf Kosten der Entwicklungsländer zu maximieren. Kein Wunder, daß die Organisation of Pharmaceutical Producers of India, in der die großen ausländischen und indischen Konzerne zusammengeschlossen sind, öffentlich "schwere Bedenken" gegen die neue Preispolitik der Regierung angemeldet hat.

Man sieht:
Der Altruismus der Arzneimittel-Konzerne kennt keine Landesgrenzen.

---

(1) Neue Züricher Zeitung vom 3.3.70
(2) NZZ, a.a.O.
(3) cf. Bundesstelle für Außenhandelsinformation, 15. Mai 1970

Nachtrag zum DED-'Scandal'

Der sogenannte "Camillo-Artikel"

BRASILIEN

Seit dem reaktionären Staatsstreich im April 64 riß in Brasilien die verbündete Macht von Imperialisten, Großkapitalisten und Großgrundbesitzern die Regierungsgewalt an sich. Über die Köpfe des Volkes hinweg bildete sie eine Militärdiktatur, blutig und despotisch, wie sie unser Volk bisher nicht gekannt hatte. Eine Handvoll verräterischer Generale, Admirale und Brigadiers überfiel das Land - auf Befehl und im Dienste der nordamerikanischen Imperialisten.

Auch durch all seine Greuel und Willkür gelang es der Militärdiktatur nicht, den heroischen Widerstand unseres Volkes niederzudrücken. Der Widerstand dieses Volkes, das im vergangenen Jahrhundert ohne jegliche Kondition von Waffen gegen die Invasion der Ausländer kämpfte (Invasion der Holländer und Franzosen, etc.). Ganz im Gegenteil löste es den gerechten revolutionären Stolz des Volkes aus und erweckte sein politisches Bewußtsein und gab damit den Impuls zu seinem Kampfgeist. Für ihre politischen Rechte kämpfend, begannen Angestellte, Bauern, Studenten, Lehrer, Künstler, Journalisten, Beamte, fortschrittliche Geistliche, Frauen verschiedenster Klassen und sozialer Schichten bis zu Klein- und Mittelindustriellen hin auf verschiedenste Weise Widerstand zu leisten und man bereitete sich darauf vor, die Regierung zu stürzen und sein Schicksal selbst in die Hände zu nehmen.

Und so wurde die Regierung gezwungen - so sehr sie sich auch anstrengte, ihren militärischen und pro-imperialistischen Charakter zu verleugnen -, ihre Absichten maskenlos darzulegen und nahm Zuflucht zu von Mal zu Mal unverschämterer Gewalt gegen das Volk.

Mit der Verabschiedung der Verfassung No 5 (13.12.68) sah sich das Volk jeglicher Art von Freiheit beraubt, und die Regierung nahm die offene Form einer terroristischen Diktatur an (vorher noch als Demokratie maskiert) - beispiellos in unserer Geschichte und wie es heute wenige auf der Welt gibt.

Die Folter wurde zur Konstante im Leben des brasilianischen Volkes, als ob die Qual des Hungers, die Unfreiheit durch die Unterentwicklung nicht genügen würde.
Absurde körperliche Strafen, die sich ein gesunder Menschenverstand kaum vorstellen kann, werden auf die ausgeübt, die gegen die Diktatur rebellieren.

Veröffentlicht in der "Zeitung 4" der EH von Bra-N. (in port. Sprache)

BRASILIEN

Industriellenwitwe, kinderlos, verkauft:

1. Plastik-Industrie, in Funktion, ohne Schulden, mit gutem Absatz, DM 500 000,—, Socio evtl. erwünscht.
2. Villa im Luftkurort Sao Bento (Santa Catharina), DM 90 000,—.
3. Urwald im Hochland an Autobahn, 4 km Front, Wasserfall, elektr. Kraft, Bodenschätze, voller Hartholzbestand: DM 300 000 (2 600 000 qm).
4. Badestrand am Atlant. Ozean in Barra Velha, 200 m Meeresfront, ca. 400 000 qm, geeignet für Strandhochhäuser, DM 400 000,—.
5. Industriegelände in Jóinville, an Autobahn BR 101, ca. 900 m Front, 257 000 qm, mit fl. Wasser, Elektrizität, DM 350 000,—.
6. Urwald bei Campo-Alegre mit Caolin, Eisen etc. Bodenschätze, 1 km Front an Autobahn, ca. 640 000 qm, DM 180 000,—.
7. Bauplatz am Meer im Zentrum Pisarras, für Hochhaus, DM 70 000,—.

Alle Besitzungen ohne Hypotheken etc. Zuschriften an A. K. Stein, Schloßhotel Wilhelmshöhe, 35 Kassel, oder Brasilien, 89200 Joinville, Santa Catharina, Caixa postal 351, Rua Chui 80.

PRESSEERKLÄRUNG

Presseerklärung der 11 solidarisch aus Brasilien ausgereisten Entwicklungshelfer

Rote Revolutionsmissionare ... marxistische Theoretiker ... mit solchen und ähnlichen Schlagworten hat ein Teil der deutschen Presse die 16 aus Nordbrasilien zurückgerufenen Entwicklungshelfer abgestempelt.

Sind sie das wirklich?

Schon im letzten Jahr wurde die Mitarbeit des Deutschen Entwicklungsdienstes in Brasilien in Frage gestellt. Im Nov. 1970 forderte der Hauptgeschäftsführer des DED die EH in Brasilien auf, zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Damals hielten die EH in Nordbrasilien ihre Tätigkeit entsprechend den Zielsetzungen des DED für "noch möglich". Zugleich

wurde beschlossen, diese Entscheidung ständig neu zu überprüfen. Die Diskrepanz zwischen den Entwicklungsbestrebungen der brasilianischen Regierung einerseits und den Zielvorstellungen des DED andererseits wurde immer deutlicher. Die Entwicklungspolitik Brasiliens zielt allein auf wirtschaftlichen Fortschritt, ohne den sozialen Wandel einzuleiten.

- Wem nützt es, wenn Jungen in einer Werkstatt ausgebildet werden und anschließend keine Arbeitsplätze (außer beim Militär) finden?
- Was kann medizinische Behandlung ausrichten, wenn Unterernährung die Krankheitsursache ist?
- Welche Wirkung haben Schulen, wenn sie auf Grund hoher Gebühren nur den Kindern der Oberschicht das Studium ermöglichen und damit die Unterprivilegierten von vornherein ausschließen?

Der Abstand zwischen Arm und Reich wächst ständig.
Gerechtigkeit und Freiheit wurden zu inhaltslosen Begriffen. Täglich werden wir als Entwicklungshelfer in Brasilien mit diesen Problemen konfrontiert. Zwar wird ein Entwicklungshelfer in keinem Land konfliktlos arbeiten können, doch die einschneidenden Maßnahmen der brasilianischen Militärdiktatur schränken das Tätigkeitsfeld für Entwicklungshelfer auf ein Minimum ein. Selbst bei rein fachlicher Arbeit begegnen wir ständig den Auswirkungen der ungerechten Sozialstruktur: Willkürlich festgesetzte Arbeitszeiten und Löhne, Hunger und Verelendung, Angst davor, Kritik zu äußern, weil dies Verfolgung, Gefangennahme und Folter bedeuten kann.
Wir können es mit unserem Gewissen nicht vereinbaren, all dies schweigend hinzunehmen. Unsere brasilianischen Mitarbeiter fordern, daß wir Stellung beziehen.

In den "Gesellschaftspolitischen Grundsätzen für die Arbeit des DED" - verabschiedet vom Verwaltungsrat am 16.3.71 - heißt es über den Entwicklungshelfer: "Durch sein demokratisches Handeln, durch Kritik und Selbstkritik, durch Verantwortungsbewußtsein und Kooperationsfähigkeit, durch Humor und Toleranz, durch seine Persönlichkeit und sein Verhalten wirkt er entwicklungsfördernd in seiner Umgebung."

Der Entwicklungshelfer ist kein "rosaroter Revolutionär", aber auch kein naiver Weltverbesserer, sondern ein realistischer Engagierter, der versucht, auf Grund von Analysen einen Ansatzpunkt zur Vermenschlichung der Welt zu finden.

Durch die Reaktion deutscher Regierungsstellen auf den bekannten "Camillo-Artikel", veröffentlicht in der internen Freiwilligenzeitung Nordbrasiliens, wurde unsere Arbeit jedoch vollends unmöglich gemacht. Der brasilianische Sicherheitsdienst schaltete sich auf Grund der spektakulären Maßnahmen von deutscher Seite (Abzug der fünf Entwicklungshelfer) ein.

Die ohnehin geringe Möglichkeit zu Bewußtseinsbildung wurde auf ein unzumutbares Minimum beschnitten und es erhöhten sich die Gefahren für uns und weit mehr noch für unsere brasilianischen Mitarbeiter.

Die Bundesregierung begründete ihr Eingreifen mit der Fürsorgepflicht für die angeblich sehr gefährdeten Entwicklungshelfer; wir sind jedoch überzeugt, daß sie vielmehr die polit-ökonomischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gefährdet sah. Die Entwicklungshelfer des DED sind in Brasilien nur willkommen und geduldet, solange sie nicht die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der BRD und Brasilien stören. Die Abhängigkeit des DED von der Bundesregierung und deren Interessen macht unmöglich, daß sich die Entwicklungshelfer für die Realisierung der proklamierten Ziele (1) in einem von einer solchen Militärdiktatur beherrschten Land wie Brasilien einsetzen können. Versuchen die Freiwilligen in einem derartigen Land die Grundkonzeption des DED zu verwirklichen, so führt dies unausweichlich zu Konflikten. Den daraus resultierenden Gefahren können wir uns ohne weiteres entziehen, während unsere brasilianischen Mitarbeiter ihnen schutzlos ausgeliefert sind.

Diese Fakten zeigen deutlich, daß die Mitarbeit des DED in Brasilien nicht länger zu rechtfertigen ist!

Elf von 38 Entwicklungshelfern zogen bisher die Konsequenz. Sie reisten solidarisch aus - mit dem Ziel, die Problematik der Präsenz des DED in Brasilien und der personellen Entwicklungshilfe generell aufzudecken.

---

(1) "Praktische Solidarität" mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit und der Verwirklichung von Menschenrechten (Verwaltungsrat des DED 16.3.71).

Brasilien

DIE ENTWICKLUNG IN BRASILIEN

Die ausländischen Investitionen in Brasilien nehmen zu: "Die ausländischen Investitionen liegen z.Z. auf einem höheren Niveau als es jemals in der Geschichte Brasiliens erreicht wurde", erklärte im Dezember letzten Jahres der Wirtschaftsminister Celfim Neto. "Allgemein gesehen ist die Lage für Investitionen in Brasilien sehr günstig", hatte schon Berney Friele gesagt, der Assessor von Rockefeller ("Jornal do Brasil" vom 23.11.1970).

Die brasilianischen Exporte für neuerschlossene Märkte in Europa und Afrika steigen.

Beweist die Militärregierung hiermit die Entwicklung innerhalb des Landes? Zumindest wollen die brasilianischen Behörden dies glauben machen.

Das iz3w legt im folgenden eine Analyse über die "brasilianische Entwicklung" vor, die von nichtoffiziellen Wirtschaftlern erstellt wurde. Der Text, den wir veröffentlichen, ein Auszug aus der uruguayischen Wochenzeitung MARCHA ist die Zusammenfassung eines langen Artikels mit dem Titel "Brasilien 1970", der von Paulo Scilling, einem brasilianischen Wirtschaftler, der in Montevideo im Exil lebt, verfaßt wurde.

DER MYTHOS DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Eine "Retrospektive der 60er Jahre", die von der Stiftung Getulio Vargas (FGV) - ein offizielles Organ zur Errechnung des Volkseinkommens - veröffentlich wurde, zeigt folgende Wachstumsraten des Realprodukts:

1949 - 1959	87,5 %
Jahresdurchschnitt	6,5 %
1959 - 1969	77,9 %
Jahresdurchschnitt	5,9 %
1960	9,7 %
1961	10,3 %
1962	5,3 %
1963	1,5 %
1964	2,9 %
1965	2,7 %
1966	5,1 %
1967	4,8 %
1968	8,4 %
1969	9,0 %

Die Ergebnisse der letzten drei Jahre sind lt. FGV "vorläufige" Schätzungen, was ziemlich verdächtig erscheint. Normalerweise werden nur die Angaben für das letzte Jahr als "vorläufig" angesehen, die noch berichtigt werden können. Es ist ziemlich unwahrscheinlich, daß dies für Zahlen aus drei Jahren zutrifft. Diese seltsame Situation scheint den Verdacht zu bestätigen, daß die Statistiken gefälscht werden, um die brasilianische Wirtschaft in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen und um so mehr ausländisches Kapital anzuziehen.

Eine ganze Reihe paralleler Angaben scheinen die falschen Berechnungen des Volkseinkommens der Stiftung zu beweisen. Wenn die Angaben zuträfen, wäre die gegenwärtige Entwicklung ziemlich mysteriös, weil man nämlich die Ergebnisse dieser Entwicklung nicht sieht. Wir könnten eine ganze Reihe von Tatsachen aufzählen, die die optimistischen Versionen der offiziellen Wirtschaftler belegen. Lassen Sie uns nur einige, stellvertretend für andere, herausnehmen:

Das Realeinkommen der landwirtschaftlichen Betriebe in der Provinz S. Paulo, der modernen Landwirtschaft des Landes, ist vom Faktor 173 im Jahre 1965 auf den Faktor 141 im Jahre 1969 gesunken, wie aus einer Untersuchung hervorgeht, die der Landwirtschaftssekretär der Provinz Bandeirante durchgeführt hat. Die von der FAO kürzlich veröffentlichten Zahlen weisen für 1969 nur eine Erhöhung von 1 % für das landwirtschaftliche Einkommen Brasiliens aus. Die statistischen Angaben des Landwirtschaftsministeriums nennen für das gleiche Jahr eine Erhöhung von 6 %.

Das "Angebot von Arbeitsplätzen in der Produktion" (Angaben, die die Stiftung durch Auswertung der in der Presse veröffentlichten Anzeigen erhält) zeigt folgende Lage: ausgehend vom Faktor 100 im Jahre 1953, liegt es im Januar 1964 bei 700 und übersteigt 530 nicht im Dezember 1969.

Wir wissen, daß ein gewisses Verhältnis zwischen der Erhöhung der industriellen Produktion und dem Elektrizitätsverbrauch besteht. Sie decken sich zwar nicht vollkommen, weil auch andere Sektoren als die

Industrieproduktion elektrische Energie verbrauchen. Aber auf jeden Fall ist der Verbrauch an elektrischem Strom ein guter "Test" für die industrielle Entwicklung. Lassen Sie uns untersuchen, was sich auf diesem Gebiet abspielt. Zwischen 1960 und 1966 steigt der Stromverbrauch um 40,23 % an, die industrielle Produktion um 46,7 %. In den letzten Jahren ist die Lage vollkommen anders. So gibt die Regierung für 1968 eine Erhöhung des Volkseinkommens von 8,4 % an und 13,2 % Erhöhung in der Industrieproduktion. Der Stromverbrauch steigt vom Faktor 107 auf 114, also um 6,5 %. Das gleiche geschieht 1969: angenommene Erhöhung des Volkseinkommens von 9 %, geschätzte Erhöhung der Industrieproduktion von 10,8 %, während der Stromverbrauch nur um 5,26 % steigt.

Nun könnte der Rückgang an "Angeboten von Arbeitsplätzen in der Produktion" durch eine Produktivitätserhöhung auf Grund des technologischen Fortschritts erklärt werden. Aber dieser Fortschritt müßte - und das ist offensichtlich - eine stärkere Ias die angegebene Erhöhung des Stromverbrauchs bedingen. Wunder oder grobe Fälschung? Entweder verschleiern die Industriellen ihren Stromverbrauch zum Nachteil von "Light and Power" oder die Statistiken lügen.

Auch hat die vorgegebene Entwicklung auf die Lage des Volkes keine Auswirkungen. Im Gegenteil, die statistischen Angaben - die offiziellen - zeigen das. Wenn wir nur zwei fundamentale Aspekte berücksichtigen, nämlich den Nahrungs- und Bekleidungssektor, sehen wir, daß es dem Volk jeden Tag schlechter geht. Es vollzieht sich eine wahrhafte Änderung der Volksnahrung, selbst in den reichsten Gebieten des Landes. In der Provinz Guanabara ist der Rindfleischverbrauch von 41,49 kg 1961/62 auf 37,6 kg per capita und pro Jahr gesunken (der Preis dagegen ist von 3,27 Cruzeiros im Januar d.J. auf 5,08 Cruzeiros zum jetzigen Zeitpunkt gestiegen). Der Zuckerverbrauch ist pro capita von 41,95 kg auf 34,68 kg zurückgegangen. Zum Ausgleich (relativer Ausgleich!) ist der Verbrauch von Reis und trockenen Bohnen (Nahrungsmittel geringer Qualität und billiger) von 39,96 kg auf 49,36 kg gestiegen, bzw. von 22,92 kg auf 26,21 kg.

Das "Jornal do Brasil" vermittelt am 16.11.1970 eine Vorstellung von der absurden Lage bezüglich der Volksnahrung. Man verzeichnet für eine Bevölkerung von 90 Mill. eine Milchproduktion von 6 Mill. Litern, d.h. von 0,066 l pro Person. Selbst hier gibt es eine Überproduktion wegen der geringen Kaufkraft des Volkes. Obwohl die brasilianische Vereinigung der Molkereigenossenschaften jeden Tag wegen des geringen Absatzes an Frischmilch 150.000 l in Milchpulver verarbeitet, hat sie eine Überproduktion von 4.000 t Milchpulver auf Lager, ohne diese verkaufen zu können. Diesem "Test" der sozialen Regierungspolitik ist ein anderer, nationalistischer Aspekt hinzuzufügen. Während die Genossenschaften drohen, die 4.000 t nicht verwendbares Milchpulver zu verbrennen, hat die Regierung in diesem Jahr 10.296 t Milchpulver aus den USA importiert und trägt so zu dem Absatz von überschüssigen Agrarprodukten des befreundeten Landes bei.

Auf der anderen Seite spricht die Stiftung Getulio Vargas von einem enormen Rückgang beim Verkauf von "Kleidungsstücken, Schuhen und Stoffen", und zwar von 25,5 % im Jahre 1969.

Diese qualitative und quantitative Verschlechterung in der Volksernährung und -bekleidung ist auf das Absinken des tatsächlichen Einkommens der Arbeiterklassen zurückzuführen. Die FGV veröffentlicht für die Provinz Guanabara folgende Aufstellung über das Verhältnis Lohnentwicklung und Lebenshaltungskosten:

Jahr	Mindestlohn	Lebensunterhalt
1964	100	100
1965	157	160
1966	200	234
1967	250	305
1968	309	373

"Zum Ausgleich" steigt die Automobilproduktion ständig. 1970 um 15 % und wird 400.000 Wagen erreichen, darunter sind nur 15.000 bis 16.000 Traktoren. Während der größte Teil des Volkes weniger gut ißt und sich

schlechter kleidet, tritt ein kleiner Sektor der Bevölkerung in die Konsumgesellschaft ein.

Dieser soziale Unterschied erhält in nationaler Hinsicht einen katastrophalen Aspekt. Der Abgrund, der zwischen dem Entwicklungsrhythmus in der Achse Rio-Sao Paulo und dem Rest des Landes besteht, wird immer tiefer. Der "Kapitalumlauf" stellt einen unwiderlegbaren Beweis dieser Verzerrung in der Entwicklung dar. Zwei Drittel der neuen Investitionen in den letzten Jahren entfallen auf die beiden genannten Staaten. Allein für Sao Paulo sind es schon 54 % der Gesamtinvestitionen.

Dies erklärt sich aus dem Versagen der regionalen Entwicklungsprogramme der Regierung, die - in geordneter Weise - unter der Regierung Juscelino Kubitschek in Angriff genommen wurden. Um die ungleiche Entwicklung in den einzelnen Gebieten des Landes auszugleichen und im besonderen den enormen Rückstand der Provinz Nordeste gegenüber dem zentralen Süden, wurde 1959 die "Superintendance du développement du Nordeste - SUDENE" geschaffen. Eine Reihe von offiziellen Vorteilen werden eingeführt, mit dem Ziel, die Entwicklung in diesem Gebiet zu beschleunigen. So z.B. steuerliche Vergünstigungen: Jeder Steuerzahler hat das Recht auf Ermäßigung der Einkommenssteuer, wenn er in Nordeste investiert. Auf Grund dieser Bestimmung kann jedes Unternehmen, das sich im Nordosten niederläßt, bei nur 12,5 % Eigenkapital seiner Investitionen mit steuerlichen Vorteilen und staatlichen Krediten rechnen. Ein wahres Geschenk für die Bourgeoisie im Nordosten und vor allem für ausländische Konzerne, die die Gelegenheit nutzen, um mit dem Geld des Volkes in diesem Gebiet Zweigwerke zu ihren Industrieanlagen in Sao Paulo zu errichten.

DIE ARBEITSLAGER - EIN MISSERFOLG FÜR DIE SUDENE

Nach Ablauf von zehn Jahren stimmen die Ergebnisse, die die SUDENE bekanntgibt, melancholisch. Die Firmen, "die mit öffentlichen Geldern investierten", versuchen, den größtmöglichen Profit aus den steuerlichen Vorteilen zu ziehen, ohne sich um den sozialen Charakter dieser Unternehmen zu kümmern. So errichtet man in einem Gebiet, wo in den Städten dreimal so viel Arbeiter sind wie man braucht und auf dem Lande große Arbeitslosigkeit herrscht, Fabriken mit hohem ~~technischen Niveau~~ ein. Das stößt die soziale Absicht der Initiative vollkommen um. Alle nationalen Versuche, dieses Randgebiet zu entwickeln, sind ohne Erfolg geblieben. Innerhalb von zehn Jahren wurden weniger als 150.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen, wohingegen die Bevölkerung um fast acht Millionen gestiegen ist, obwohl in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts eine ziemlich starke Abwanderung in den Süden und Westen stattfand. Und diese absurde Situation verschlechtert sich weiter, da sich der technologische Stand der Investitionen weiterverbessert. So hat die SUDENE 1968 mit der Investition von 953 Mill. Cruzeiros (ca. 200 Mill. Dollars) 22.470 Arbeitsplätze geschaffen. 1969 wurden mit einer Investitionssumme von 1.080 Mill. jedoch nur 13.000 neue Arbeitsplätze geschaffen (dies sind von der SUDENE selbst veröffentlichte Angaben in einem Anhang der Zeitschrift "Veja": "Führer für steuerliche Erleichterungen"). Dieser Mißerfolg der regionalen Planung erklärt, warum auf Grund der letzten Trockenheit - einer teilweisen Trockenheit, die weit hinter früheren zurückblieb - staatliche "Arbeitslager" (Straßenbau und -reparatur) für mehr als 500.000 Opfer der Dürre geschaffen werden mußten.

Dieser Mißerfolg der SUDENE ist auch die Erklärung für die Planung der "Transamazonienne" durch die Regierung (Straße, die im Nordosten beginnt und dieses Gebiet mit der bolivianischen Grenze verbinden soll, also die "Grüne Hölle" ganz durchquert). Da es nicht gelingt, für die wachsende Bevölkerung (demographische Berechnungen sehen für 1980 eine Bevölkerung von fast 38 Mill. im Nordosten vor) Arbeitsplätze in der Industrie zu schaffen und da man die absurde Agrarstruktur aufrechterhält (fast 80 % des Bodens in diesem Gebiet sind unproduktiver Großgrundbesitz), wird die Lösung in der massiven und improvisierten Umsiedlung der Bevölkerung vom Nordosten, die schon viel gelitten hat, in die "Hölle" gesehen. Dieser Plan wird, weil er improvisiert ist, von allen Seiten kritisiert. Selbst die reaktionären Stellen der Streitkräfte, wie die "Sorbonne" (Kriegsakademie), kritisieren unter ihrem Wortführer Feldmarschall Juarez Tavora das "Werk des Jahrhunderts", das von General Garrastazu Medici begonnen wurde, heftig. Um die halbfeudale Struktur im Nordosten und die Privilegien der dortigen Oligarchie zu erhalten, verursacht man in Wirklichkeit einen Völkermord wie zu der Zeit, als die Kautschukgewinnung in vollster Blüte stand. Gleichzeitig werden den amerikanischen Groß-

grundbesitzern, die nördlich des Rio Negro die Hälfte des Bodens gekauft haben, billige Arbeitskräfte geliefert.

Als Folge des Versagens der Entwicklungspolitik herrscht in Brasilien beispielloses Elend und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hat ein bisher nicht erreichtes Ausmaß angenommen.

aus: fbi-front brésilieu d'information, Deutsche Ausgabe, Nr. 19/20

Fortschreitender Ausverkauf Brasiliens

Der folgende Artikel wurde entnommen aus:
Außenhandelsdienst der BfG
Nr. 25, 10.9.71

BRASILIANISCHE ERFOLGE DER INDUSTRIALISIERUNG DES AMAZONAS-BECKENS

Seit mehr als zwei Jahren gewährt die Aufsichtsbehörde für die Entwicklung des Amazonas-Gebietes "Sudam" Vergünstigungen für Investitionen im Bereich der Staaten Amazonas, Pará, Acre, im Westteil von Maranhao, in den Bundesterritorien Amapá, Rio Branco und Rondonia sowie in den nördlichen Teilen von Mato Grosso und Goiàs. Diese Vergünstigungen, die eine Ermäßigung der Einkommensteuer, Hilfe bei der Finanzierung und indirekte Steuererleichterungen beinhalten, haben zu einer recht regen Niederlassungstätigkeit geführt, so daß man von einem Erfolg sprechen kann. Insbesondere die Freihandelszone Manaus, ein Gebiet von rd. 10 000 qkm im Umkreis der Stadt gleichen Namens, 15 km oberhalb der Mündung des Rio Negro in den Amazonas, hat Kapital angezogen.

Seit ihrer Gründung hat die "Sudam" mehr als 200 Projekte genehmigt, die Investitionen von etwa 350 Mill.US-$ erfordern. Ausländisches Kapital, an der Spitze solches aus den Vereinigten Staaten, widmet sich der Förderung von Erzen, der Ausbeutung des Waldbestandes oder dem Fischfang. Nach einer Meldung von Business Week hat die US-Steel Corporation südlich des Amazonas, in der Nähe des Tocantins River, bedeutende Lager von reichhaltigem Eisenerz entdeckt. Weiter im Norden forschen Geologen der Union Carbide Corp. nach Minerallagern entlang des Jari River. Die National Bulk Carriers, Inc. hat rd. 2,4 Mill. ha im gleichen Gebiet gekauft; es sollen Pläne zur Errichtung von Baumschulen, Zellstoff- und Papierfabriken sowie landwirtschaftlichen Betrieben verwirklicht werden. Die Georgia Pacific Corp. fällt im Gebiet von Santarém Harthölzer. Die Bethlehem Steel Corp. ist mit 49 Prozent an einer Gesellschaft beteiligt, die in Amapá Manganerz fördert, und es bestehen Pläne, gemeinsam ein Werk zur Herstellung von Furnierholz aufzubauen. 20 bis 25 Mill. US-$ will Alcan Aluminium Ltd. in die Förderung von 1 Mill. t Bauxit pro Jahr im Staat Pará investieren.

Diese industriellen Aktivitäten werden allerdings von der neuen Prosperität in Manaus noch in den Schatten gestellt. Hier entsteht das erste Stahlwerk des gesamten Amazonas-Beckens, eine Papierfabrik ist geplant, und der Bau einer Straße quer durch den Dschungel zu dem 750 km entfernten Porto Velho im Südosten wird die Infrastruktur wesentlich verbessern. Es arbeiten bereits Erdölraffinerie- und -verteilerunternehmen mit Umsätzen, die 30 Mill. US-$ übersteigen. Außerdem planen Privatunternehmen eine Schiffswerft für Schlepper und Lastkähne bis zu 1 000 BRT, ebenso eine Sperrholz- und Jutefabrik. Der Handel hat sich lebhaft entwickelt, und Touristen strömen in die Stadt, was seine Ursache vor allem im Freihafenstatut hat.

Von daher ergibt sich jedoch das Problem des Schmuggels. Die Einfuhr für den internen Verbrauch, für eine Weiterverarbeitung oder Veredelung etc. ist von der Zahlung von Importzöllen und der Steuer auf Industrieerzeugnissen befreit. Dagegen unterliegen alle Waren, die aus der Freihandelszone in andere Orte Brasiliens verbracht werden, der Umsatzsteuer und es ist auch Einfuhrzoll für die importierten Einzelteile nachträglich zu entrichten. Deshalb kommt es häufig vor, daß Waren auf dem Schiffsweg von Manaus in den Südwesten des Landes einfach verschwinden. Ebenso soll auch über den Luftweg die Zahlung von besonders hohen Zöllen auf Luxusgüter umgangen werden. Dies alles könnte die Regierung in Brasilia veranlassen, das Freihandelsstatut einzuschränken, was nicht ohne Folgen für Handel und Industrie bleiben könnte.

Folter in

PERSIEN

Der folgende Beitrag, ein Auszug aus einem Bericht über die Methoden persischer Wahrheitsfindung, ist gedacht als nachträgliche Würdigung der 25oo - Jahrfeier der persischen Dynastie. Aus verständlichen Gründen können wir die (zuverlässige) Quelle nicht nennen.

3. "Herr Gerichtsvorsitzender, bitte gestatten Sie mir, um die Methoden der SAVAK-Agenten und ihr Verhalten den oppositionellen Angeklagten gegenüber klarzustellen, um den Wahrheitsgehalt der Angeklagten aufzudecken, einen Teil der Folterungen, die an mir selbst verübt wurden, zu beschreiben, damit Sie wissen, wie die Freiheitskämpfer im Iran behandelt werden:

Nach meiner Verhaftung am 18. Dey (7. Jan. 1969) hat man mich sofort zum Hauptquartier des SAVAK in Khorramschahr geschleppt. Dort haben mich drei Untersuchungsbeamte unter Schlägen und Tritten nackt ausgezogen und so "Leibesvisitation" praktiziert. Von 20 Uhr bis 1 Uhr am Morgen wurde die Untersuchung mit Schlägen und Tritten fortgesetzt ...
Am nächsten Tag hat man mich zum Gefängnis des Polizeipräsidiums gebracht und dort in ein Klosett eingesperrt. Eine Woche lang lebte ich nackt in diesem Klosett, man hat mir nur eine Decke zur Verfügung gestellt. Nur einmal am Tage erhielt ich Essen. Am 8. Tag transportierte man mich mit Handschellen in einem Landroover des SAVAK nach Teheran und lieferte mich ins Ewin-Gefängnis ein. In diesem Gefängnis hat man die erste Untersuchung mit Folterung begonnen. Es spielte sich so ab:

Zwei Beamte, einer mit dem Namen Reza Atapur, "Dr. Hosseinzadeh" genannt, der andere Biglari, bekannt als "Ing. Jussefi" griffen mich mit Ohrfeigen, Faustschlägen und Tritten an und bearbeiteten mich 1 Std. lang. Danach wurde ich hinter einen Tisch gesetzt: Ich sollte schreiben, daß ich ein Kommunist sei und mich als Spion betätigt habe. Ich habe mich geweigert. Atapur rief zwei Unteroffiziere herbei, die eine Drahtpeitsche mitbrachten und mich auf den Boden warfen und über 3 Std. lang mit der Drahtpeitsche, Fäusten und Fußtritten auf mich einschlugen, wobei sich die drei ständig abwechselten, um auszuruhen. Ich verlor im Laufe der Tortur zweimal das Bewußtsein, mein ganzer Körper war mit blauen Flecken bedeckt und über meinen Rücken floß das Blut. So endete die Untersuchung vom 1. Bahman (21. Jan.). Am 2. Tag wiederholte sich dieser Vorgang, dazu kam noch, daß man mich gezwungen hat, mit Handschellen, an denen schwere Gewichte befestigt waren, auf einem Hocker zu stehen und ein Bein hochzuheben und alle paar Minuten wurde der Hocker derart weggestoßen, daß ich zu Boden fiel. Am 3. Tage blutete aufgrund der Ohrfeigen, die sie mir gaben, mein linkes Ohr und mein Trommelfell wurde beschädigt. Seit der Zeit bin ich auf dem linken Ohr taub. Diese Aussage kann durch Untersuchungen bestätigt werden. Am selben Abend, gegen 22 Uhr, holte man mich mit verbundenen Augen aus der Einzelzelle des Gefängnisses heraus und führte mich in den Gefängnishof, wobei meine Augen immer noch verbunden waren. Sie trieben mich vor sich her, und ich hörte die Stimmen von Atapur und Biglari, die miteinander flüsterten und manchmal meinen Namen nannten. Das Krächzen der Raben, die Winterkälte, die Schmerzen der Wunden des linken Ohres und das verdammte Flüstern des SAVAK-Henkers, die einander ständig Herr Doktor und Herr Ingenieur nannten, waren nicht mehr zu ertragen. Sie haben mich an einen Baum gebunden. Ich hörte trockene Befehle ausrufen und Schritte einiger Leute. Offensichtlich war das Erschiessungskommando zusammengerufen worden. Atapur begann, irgendein Gerichtsurteil vorzulesen, in dem stand: Sh. Paknejad ist unter Beschuldigung eines Attentates gegen seine Majestät und der Verbindung zu einer ausländischen Regierung einstimmig zum Tode verurteilt worden.

Dann erteilte er der Patrouille den Bereitschaftsbefehl, wobei er mir

immer wieder einredete, ich sei an der irakischen Grenze verhaftet worden und niemand wisse es. Man glaube, ich sei nach dem Irak gefahren und niemand werde meine Erschiessung erfahren. Danach vernahm ich das Geräusch der Gewehre beim Laden und den Schießbefehl. Es geschah jedoch nichts. Ich hörte jemanden flüstern. Atapur schrie: Was soll das? Warum denn zuerst der Schießbefehl und dann die Annulierung? Was sind das für Scherze? Dann beschimpfte er mich mit lauter Stimme!

Man löste mich von dem Baum los und führte mich zur Einzelzelle zurück. Die ganze Szene diente dazu, mich einzuschüchtern, daß ich entsprechend ihrer Wünsche Geständnisse ablegte. Während der darauffolgenden Verhöre wurden mir die Nägel des linken Zeigefingers und des rechten kleinen Fingers herausgezogen. Ich wurde des öfteren durch Karateschläge zu Boden geworfen. Die Beschimpfungen, mit denen sie mich während dieser Verhöre beleidigten, sind ihnen und ihrer Herren angemessen. Ich schäme mich, sie wiederzugeben. Dreimal, jedesmal 48 Std. lang, durfte ich kein Auge zutun. Ich möchte darauf verzichten aufzuzählen, wie oft ich Hunger und grellem Licht der Scheinwerfer ausgesetzt war. Die Folterung dauerte 18 Tage.

Herr Gerichtsvorsitzender, einer der Gründe für die verspätete Prozeßführung besteht darin, daß man die Ausheilung der bei den Folterungen entstandenen Wunden an unseren Körpern abgewartet hat. Ich wurde erst nach 21 Tagen von dem Verhaftungsbefehl unterrichtet, nachdem man mich mit Fußtritten, Faustschlägen und Peitschenhieben mißhandelt hatte. Ich versuchte, gegen meine Verhaftung zu protestieren. Man forderte mich jedoch auf, den Haftbefehl sogar undatiert zu unterschreiben. Schließlich setzte man es unter Anwendung der Peitsche durch und ich unterschrieb diesen Befehl, ohne mich dagegen wehren zu können. Meine bisherigen Schilderungen sollen das Vorgehen des SAVAK gegen die politischen Gefangenen sowie die Terror-Atmosphäre, die sie entstehen lassen, beschreiben, um den wahren Wert der abgelegten Geständnisse seitens der Gefangenen, auf die stets Bezug genommen wird, zu zeigen. Herr Gerichtsvorsitzender, ich bin nicht der einzige, der gefoltert wurde. Alle Angeklagten, die hier anwesend sind, haben das gleiche Schicksal hinter sich. Unter diesen 18 Angeklagten befindet sich kein einziger, der nicht mißhandelt worden ist.

Um ein Beispiel anzuführen: Die bei der Tortur entstandenen inneren Blutungen von N. Kakhsas haben unter den Gefangenen großes Aufsehen erregt. Er selbst ist bereit, hierüber zu sprechen. Alle Anhänger der Gruppe "Palästina" sind ausnahmslos gefoltert worden. Ing. W. Nikdawudi erlag seinen Verletzungen. Seine Ermordung ist inzwischen der Öffentlichkeit bekannt geworden. Die Henker des SAVAK lieferten ihn vom Gheselghale-Verließ in das Ghassr-Gefängnis ein, nachdem sie zugeben mußten, daß der wegen seiner bei seiner Folterung entstandenen Verletzungen dem Tode nahe war. Damit versuchten sie zu vertuschen, daß er an den Folgen der Tortur sterben mußte. Nach der Einlieferung in das Ghassr-Gefängnis wurde er in das Polizeikrankenhaus gebracht, wo die Bemühungen der Ärzte ohne Erfolg blieben und der junge Mann starb. Als Todesursache wurden schwere Verletzungen am Hals und am Rückenmark angegeben. Die Ärzte haben einstimmig bestätigt, daß der Tod Nikdawudis die Folge der Folterungen im Gefängnis gewesen ist."

4. Report von Thierry Mignon, Vertreter der Internationalen Föderation der Menschenrechte.

"Systematische Folterung zur Erpressung von trügerischen Geständnissen":

"Während der kurzen Unterredungen, die ich - wie im ersten Teil berichtet - mit den Angeklagten führen konnte, haben sie mir mit bewegter Stimme versichert, gefoltert worden zu sein. Mehrere von ihnen zeigten mir die Narben oder schlimmere Folgen der Folter. So erfuhr ich von Herrn Nasser KAKHSAZ über den Verlust seiner Sehfähigkeit auf einem Auge. Ich habe sogar bei ihm den Test gemacht, der den Schließreflex des Augenlids auslöst - ganz meine Hand seinen Augen genähert -, sein linkes Auge reagierte nicht. Seine Behauptung - etwas anderes kann ich daraus nicht schließen - stimmt also. Außerdem zeigte mir Herr KAKHSAZ noch 5 bis 6 cm lange Narben am Kopf, die darauf hindeuten, daß man ihm am Kopf schlimme Verletzungen zugefügt haben muß.

Ein anderer Angeklagter zeigte mir beide Handgelenke mit langen Narben von 4 - 6 cm Länge. Er hat mir spontan erzählt, diese Schnittwunden stammen nicht von seinem Henker, sondern während einer Verzweiflungskrise nach einer besonders unerträglichen Foltersitzung habe er sie sich selbst zugefügt. Mehrere der Angeklagten haben mir berichtet, sie seien unter denselben Bedingungen, die Paknejad in seiner Rede entlarvte, gefoltert

worden: durch Hinrichtungsvortäuschungen und die Quälerei mit den Blei-Handschellen, wobei man die Hände des Häftlings hinter seinem Nacken zusammenbindet und dann hinter dem Rücken Bleigewichte festmacht. Dann zieht man an den Händen und Beinen, wodurch sich der Brustkorb übermäßig ausdehnt und Schmerzen verursacht, die sehr schnell unerträglich werden.
Die Angeklagten selbst berichteten: diese Torturen haben sie die ganze Zeit seit ihrer Festnahme erlitten. Sie hörten praktisch erst auf, als die SAVAK-Funktionäre aus einigen von ihnen Geständnisse erpreßt hatten, die sie für die Anklageschrift brauchten, um ihre Verurteilung vor Gericht zu legitimieren. Zu der Zeit, in der ich mit ihnen sprach und sie zum Teil noch starke Spuren der Folter trugen, wurden sie nach einigen Aussagen nicht mehr gefoltert und gegeiselt. Man kann natürlich feststellen, daß die Folter nur in anderer Form weiterging. So wurden diese Männer, die doch schon vorher wußten, daß sie zu langen Zuchthausstrafen verurteilt würden und von denen einige das Todesurteil fürchten mußten, nach eigenen Aussagen mit dem Angebot gequält, sie brauchten nur offen ihren Irrtum gestehen und die Verdienste und Taten der politischen Herrschaft öffentlich anzuerkennen, dann ließe man sie frei und gewähre ihnen mehr oder weniger substanzielle Vorteile.

5. "Von den o.g. Quellen erfuhren wir, daß solche Mißhandlungen aus folgendem bestehen:

Benutzung einer Art elektrischen Stuhles, der ständig größer werdende elektrische Stöße abgibt;
Einführung von stromgeladenen Drähten in die Ohren oder andere Körperteile;
Aufhängen an den Füßen mit dem Kopf nach unten für eine beträchtliche Zeitspanne;
Einführung von heißen Gegenständen in den After;
Starke Schläge, so daß die Zähne abbrachen;
Auspeitschen usw.

Im Iran wird der Paragraph 5 der Menschenrechtskonvention, der die Folterung und körperliche Mißhandlung eines jeden Menschen strengstens verbietet, in keiner Weise beachtet ...!"
(Bericht des italienischen Anwalts, Luigi Cavalieri, über das Teheraner Militärtribunal vom Oktober 1965)

6. "Ich muß es als erwiesen ansehen, daß die Angeklagten während des Untersuchungsverfahrens alle, zum Teil schwer, gefoltert worden sind.

Folgende Methoden sind mir berichtet worden:

a) Während der Vernehmung sind die Gefangenen nackt an eine Wand gestellt und ausgepeitscht worden.
b) Auf den Rücken und den Armen von Gefangenen sind brennende Zigaretten ausgedrückt worden. Die Spuren sollen heute noch zu sehen sein.
c) Nikhah hat Elektroschocks bekommen.
d) Kamrani ist an den Füßen aufgehängt worden.
e) Kamrani hat man Flaschen in das Rektum eingeführt. Durch Zerbrechen der Flaschen sind weitere Verletzungen verursacht worden. (Kamrani mußte wiederholt ins Krankenhaus eingeliefert werden.)
f) Kamrani hat man Stacheldraht um die bloßen Beine gezogen. Die Spuren sollen heute noch zu sehen sein. Auch werden Narben an Kamranis Beinen auf das Eindrücken heißer Eisen zurückgeführt.
g) Kansouri soll durch andauerndes starkes Massieren eines Nervenstranges an der Schulter bis zur Bewußtseinstrübung gequält worden sein, und zwar während der 24 Stunden vor seinem angeblichen Geständnis vor dem Schah."

(Bericht des Rechtsanwaltes, Dr. Heldmann, vom Jahr 1965)

7. "Geehrter Vorstand der Klinik der zentralen Haftanstalt! Ich bitte Sie zu verordnen, daß man unsere Behörde von den für die Genesung Hassan Nikdawudis ergriffenen Maßnahmen in Kenntnis setzt."

Vorsitzender der Behörde für gerichtsmedizinische Gutachten

gez. Dr. Mohammade Tabatabai

8. "Abschrift dieses Schreibens wurde an den geehrten Richter, Gefängnisaufseher, geschickt.

Hiermit wird mitgeteilt, daß der o.g. Gefangene im Ghassr-Gefängnis untersucht und behandelt wurde. Durch den Bruch des Halswirbels, verursacht durch Hinfallen (!), besteht Todesgefahr.

Ergänzend bestätigt unsere Behörde die Meinung des Herrn Oberst und Gefängnisarztes, Dr. Naraghi, wie folgt:

Hinsichtlich des Nervensystems: totale Lähmung aller Extremitäten; Störung der Nerven bis zur Höhe des VI. bzw. VII. Halswirbels. Die Hirn-Nerven sind unbeschädigt.
Weiterhin: abdominale Atmung; Lähmung der Intercostalmuskeln; unregelmäßiges, schnelles und oberflächliches Atmen; Störung der Sphinktertonus - hinsichtlich der Orientierung -; Fraktur der Halswirbelsäule. Kompression

des Rückenmarks in der Halshöhe. - Unter Berücksichtigung der schwer beschaffbaren Röntgenaufnahme - Achsenverschiebung und Bandabriß der Wirbelsäule. Sein Zustand ist sehr schlecht. Medikamentöse Behandlung und Extension des Halses wurde verordnet.
Dr. Naraghi

Vorsitzender der Behörde für gerichtsmedizinische Gutachten

gez. Dr. Mohammade Tabatabai"

9. "Die Untersuchung der Angeklagten wurde unter ganz geheimgehaltenen Umständen vorgenommen, und es wurde keinem der Verteidiger gestattet, den Angeklagten zu Hilfe zu kommen.
... der Hauptangeklagte Bodjnurdi wurde erheblich gefoltert ..."

(Aus dem Bericht von italienischen Juristen, J. Carlolati, 1966)

10. "Hassan Siae Sarifi, Dipl.-Jurist, der im Jahre 1966 zu 10 Jahren Einzelhaft verurteilt wurde, befand sich z.Zt. des Zwischenfalls in Siahkal im Gefängnis von der Stadt Rasht. Sowohl er, als auch Bijan Djazani, der zu der gleichen Zeit zu 15 Jahren Einzelhaft verurteilt war und vor einigen Monaten vom Rasht-Gefängnis nach Teheran in das Ghezel-Ghalee-Gefängnis gebracht worden war, wurden unter der Beschuldigung der Beteiligungen an dem Siahkal-Zwischenfall nochmals verhört und im Laufe eines geheimen Prozesses zum Tode verurteilt."

(Thierry Mignon, 1971)

11. "Die meisten der 13 Personen, die unter der Beschuldigung des Angriffes auf die Gendarmerie von Siahkal am 17. März 1971 erschossen wurden - unter ihnen waren u.a. Moini, Raschid, Hassanpour -, befanden sich während der "Tatzeit" in Vorbeugehaft, trotzdem wurden sie zum Tode verurteilt und erschossen", wie aus 2 untenstehenden Zeitungsberichten zu entnehmen ist.

12. "Gestern hat das Militärberufungsgericht Hassan Siae Sarifi zu zehn Jahren und Bijan Djazani zu fünfzehn Jahren Einzelhaft verurteilt."

(Ettelaat und Kayhan vom 14. Jan. 69)

13. "In der Verbindung mit dem Siahkal-Zwischenfall, der mit der Festnahme und Erschießung von 13 Personen endete, welche die Sicherheit und Souveränität des Reiches durch partisanenhafte Kriege zum Werkzeug ihrer unheilvollen Gelüste machen wollten, haben die Sicherheitsbeamten noch 7 Personen inhaftiert namens ... Hassan Siae Sarifi ..., von denen 6 Personen zum Tode und der 7. zu lebenslänglicher Einzelhaft verurteilt worden sind."

(Kayhan, 5. Juli 71)



ARGENTINIEN

Dokument der Priester

DAS DOKUMENT VON CARLOS PAZ

(bei Cordoba, Argentinien)

der Priester para el Tercer Mundo

"Wehe denen, die Gesetze des Unheils machen, und den Schreibern, die nur Bedrückung schreiben, um die Schwachen vom Rechtsweg abzudrängen und die Armen meines Volkes ihres Rechtes zu berauben. Was wollt ihr tun am Tag der Heimsuchung und bei dem Sturm, der aus der Ferne heranaht? Zu wem wollt ihr hilfesuchend fliehen? Wo wollt ihr euren Reichtum verstekken? Gegen all das hat der Zorn Gottes sich noch nicht gelegt, und seine Hand bleibt ausgestreckt" (Isaias 1o, 1ff).

Die Bewegung der Priester der Dritten Welt kann nach einem freiwilligen Schweigen, das wir uns trotz des Fortdauerns der öffentlichen Verleumdnngskampagne auferlegten, angesichts der gegenwärtigen Lage nicht mehr länger schweigen. In einer mit politischen Signifikationen geladenen Gegenwart wirft sich der ganze offizialistische Apparat der Reaktion ins Zeug, um ein der "Experimente" überdrüssiges Volk mit einem trügerischen Aufruf zur "großen nationalen Eintracht" hinters Licht zu führen. Wir meinen, daß wir vor einer eigenartigen Konstellation stehen, bei der das Schicksal des gesamten argentinischen Volkes auf dem Spiel steht. Der Glaube und die Kirche dürfen niemals abseits stehen, wenn das, was auf dem Spiele steht, das Schicksal eines Menschen ist. Um so weniger, wenn es um das Schicksal eines ganzen Volkes geht. Der Glaube und die Prophetie verpflichten zu einer kompromitierenden Lektüre der Geschichte und verlangen, daß die hinterlistigen Verdrehungen aufgedeckt und die gegen das Volk gerichteten Interessen, die den Prozeß der Befreiung des Menschen aufhalten möchten, denunziert werden. Außerdem muß man die Hoffnungen auf die vielversprechenden Kräfte, die die Leute hegen, bestärken.

I. - WIR DENUNZIEREN

1) auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet: die Kerker sind voll von Argentiniern, die die Auslieferung des Landes an den Imperialismus denunziert und dagegen gekämpft haben.
Immerhin sind diese Denunziationen selbst von den Leuten des Regimes, von Exfunktionären und sogar von Expräsidenten bestätigt worden. O n g a n i a gibt bezüglich seiner Wirtschaftsminister zu, daß es unmöglich war, nur einen zu finden, der nicht für ausländische Unternehmen gearbeitet hätte.
L e v i n g s t o n stellt fest, daß die Entnationalisierung total ist und daß die internationalen Monopole das Land beherrschen.
G u g l i a l m e l l i : "Der Prozeß der Entnationalisierung schreitet voran, trotz des antimonopolistischen Geschreis und der angeblich nationalistischen Invokationen."
Diese Herren, der Macht entkleidet oder unter sich zerstritten, geben schließlich denen recht, die sie unterdrückten. Die Scheinheiligkeit der Regierenden ist so voll bestätigt.
Das wirtschaftliche Auf und Ab seit dem eisernen Stabilitätsgesetz eines Kriegers Vasena, bis zum einfältigen und begnügsamen Entwicklungsoptimismus eines Aldo Ferrer hat als Resultat nur gezeitigt: die Verarmung des Volkes, den Aufschwung des Wuchers und der Korruption, die Arbeitslosigkeit, den massiven Bankrott der kleinen nationalen Unternehmen und einen Zuwachs des historischen Erbes des internen Kolonialismus, nämlich die Beherrschung nnd Ausbeutung des Landesinnern durch die Hauptstadt, usw.
In der Wirtschaft hat jede Wendung die schon schwachen Hoffnungen des Volkes zu kapitalisieren versucht, ohne jedoch etwas anderes zu erreichen als ein Anwachsen seiner Frustration.
In dieser Frustration, die zum Dauerzustand zu werden scheint, ist die Ursache für die Ausbrüche des Volkszornes zu suchen. Es ist daher eine vorsätzliche Lüge, diese Unruhen ausländischen Plänen und Ideologien zuzuschreiben.

2) In der Politik: die sog. "Argentinische Revolution", die seit 1966 an der Macht befindlichen Militärs ihren Putsch so bezeichnen, konnte anfänglich mit der Unterstützung weiter Kreise rechnen, weil sie als Revolution noch nicht vorbelastet war; jetzt aber entpuppt sie sich als eine totale Gegenrevolution. Wir wohnen heute ihrem entgültigen Versagen bei. Nach einigen Jahren feierlichen Geredes gesteht sie ihr Scheitern ein, indem sie zu denselben politischen Strukturen zurückkehrt, die sie einst als steril verurteilte. Wir halten dafür, daß der Grund für das jämmerliche Scheitern dieses politischen Experiments der letzten 5 Jahre in der Tatsache liegt, daß diese Revolution weder Revolution noch argentinisch war. Revolution war sie deshalb nicht, weil nicht ein einziges Mal eine reale und effektive Änderung der Strukturen ins Auge gefaßt wurde, die absolut notwendig ist, um eine totale Befreiung unseres Volkes zu realisieren. Sie war nicht argentinisch, weil sie von anfang an nur imperialistischen Interessen entgegenkam und nationalen Minderheiten, die deren Hampelmänner im Land sind.

Man sprach von Teilnahme des Volkes bei den hinfälligsten Experimenten.

Man sprach von Mitbestimmung des Volkes bei den Entscheidungen, und in Wirklichkeit instauriert sich das verschlossenste und abgekapselste Regime unserer Geschichte.

Man sprach von Jugend, und auf der Bildfläche erscheinen wieder die bekannten Gesichter überholter Persönlichkeiten.

Man sprach und spricht immer noch von Dialog nnd großer nationaler Eintracht; unterdessen aber setzt man die letzten "Verbesserungen" ans "Paket" der Repressionsgesetze (Militarisierung der Beamtenschaft, Drohung der sofortigen Anwendung der Todesstrafe und Gesetzgebung zur direkten Repression des Volkes durch die Streitkräfte).

Die Streitkräfte übernahmen die politische Führung des Landes in einem angeblichen Akt des Verzichts und der Großzügigkeit, in Wirklichkeit, - so ihre eigenen Erklärungen - wurden ihre Exponenten gestürzt, weil sie unbegrenzt an der Macht bleiben wollten (Ongania) oder weil sie zu unwürdigen Manipulationen griffen (Levingston).

Das Volk, immer nur Zuschauer, unbeachtet und zur Seite gedrängt, erfährt dies alles erst, wenn es vorbei ist. Es ist Zeit, endgültig klarzustellen, daß all jene, die zu Unrecht die Macht innehaben und weiterhin politische, ökonomische und soziale Experimente auf Kosten des Volkes durchexerzieren möchten, Schuld an der explosiven Reaktion der Verzweiflung sind.
(Aus der Bischofserklärung von Medellin, Anmerkung des Übersetzers)

3) Auf moralischem Gebiet: Dieses Regime protzte wie kein anderes mit der Moralität, die es ins Leben des Landes einführen würde. Nach fünf Jahren stellen wir fest, daß die fundamentalen Werte eines Volkes korrumpierter nnd mißachteter sind als je zuvor.

a) DIE DEMAGOGIE, die das Vertrauen der Leute und die Leichtgläubigkeit der weniger Informierten mit Füßen tritt, wird skruppellos angewandt. Der Minister Manrique erklärt während der kurzen Pause, in der er nicht im Amt war, wörtlich: "Nichts ist in den letzten 15 Jahren für das Volk gemacht worden", was ihn, zur Macht zurückgekehrt, nicht hindert, eine von allen Massenmedien unterstützte, spektakuläre Kampagne aufzuziehen und so zu dirigieren, daß illusorische Erwartungen bei den Ärmsten und Schwächsten geweckt würden. Wir wissen alle, daß man im Grunde nur das eine will, nämlich seine Figur politisch in den Vordergrund spielen.

Demagogie auch in der Justiz: Fußballspieler, die mehr als einmal das Land mit Schande bedeckten, werden sogar im Präsidentenpalast amnestiert, während Argentinier, die ihr Leben für eine bessere Zukunft aufs Spiel setzen, weiterhin vergeblich auf ihre Freilassung warten werden.

b) DIE BETRÜGEREI, die die Rechtschaffenheit mit Füßen tritt und mit der Überzeugung endet, die einzigen Mittel zu Wohlstand zu gelangen seien Bestechung, Betrug und wirtschaftliche Fallen, grassiert in weitesten Kreisen. Die öffentliche Meinung steht mit Erstaunen vor Manipulationen, wenn z. B. die stillschweigende Aushöhlung eines Unternehmens ans Tageslicht kommt und Ähnliches. Der Expräsident Levingston denunziert nach seinem Sturz verschiedene Pressionen bei seinen Mit-

arbeitern zu Gunsten der Lanusse Immobiliaria und Bunge & Born (Getreidekonzern, Anm. d. Ü.)

c) DIE TREULOSIGKEIT, die die Treue und die sauberen zwischenmenschlichen Beziehungen verletzt, gewöhnt die Leute an den Zynismus und die Heuchelei, indem sie von der Spitze des Staates herab die Praktiken des Verrats vordemonstriert; Generäle, die heute ihre Loyalität beteuern, stehen morgen im Staatsstreich, ein Oberkommandierender der Streitkräfte, der sein Amt annimmt, um genau den zu stürzen, der ihn ernennt. Minister, die bequem ihren Posten behalten, trotz der angeblich radikalen Umstürze. Politiker, die ihres Amtes enthoben und diskreditiert sind und selbst in heftiger Opposition stehen, akzeptieren beim ersten Angebot, Schlüsselstellungen im Regime ....

d) DIE LÜGE, die das Recht eines jeden, die Wahrheit zu erfahren, annuliert, die Tatsachen verdreht und die Realität pervertiert, wird systematisch angewandt. Es werden von Zeit zu Zeit Dokumente erstellt, in denen man das argentinische Drama dadurch zu rechtfertigen versucht, daß man es auf ausländische Konspirationen zurückführt. Ununterbrochen werden jene Leute verleumdet, die authentische Alternativen anzubieten hätten oder Hoffnungen wecken. Man bezeichnet und verurteilt als gemeine Verbrecher all jene, die ihr Leben für ein hohes Ideal aufs Spiel setzen. (die Guerilleros, Anm. d. Ü.) Generäle, die sich vor einem öffentlichen Gericht in Schweigen hüllen, erfüllen das Land mit Denunziationen und Verdachten (Siehe Denunziation General Labayru).
Die Justiz selbst wird zur Lüge. Zum einzigen Zweck, Sündenböcke zu finden, werden Prozesse inszeniert, bei denen das Urteil schon im voraus feststeht. Die Menschenwürde mit Füßen tretend werden Bürger der Exekutivgewalt zur Verfügnng gestellt, ganz im Gegensatz zu jeglicher juridischen Tradition.
Je nach politischer Konvenienz werden Prozesse beschleunigt oder verschleppt (Fall Aramburu, sechs Monate; Fall Vallese, neun Jahre)

II. WIR KONSTATIEREN

Wir stellen fest, daß Institutionen mit populärer Bestimmung und größter Verantwortlichkeit gegenüber dem Schicksal des Landes, in einer negativen und zweideutigen Haltung verharren angesichts der Oppressionen, die sie über sich ergehen lassen müssen und auch hinsichtlich der Zukunft, der das Volk selbst entgegen geht. Was wir behaupten, ist nicht nur unsere Meinung, sondern wir konstatieren dasselbe auch immer wieder unter den gewöhnlichen Leuten.

a) Die Streitkräfte:
Die historische Berufung des Heeres ist es, den großen Anliegen der Nation zu dienen. Das Volk hat das geglaubt und brachte der Armee großes Vertrauen entgegen. Wir Argentinier waren bis vor kurzem alles eher als Antimilitaristen. Allerdings haben nun die hintereinander folgenden Abweichungen von seiner ursprünglichen Berufung, stufenweise und immer schneller zu Enttäuschung und Groll geführt. Ein gestern populäres Heer ist nach und nach vom Imperialismus und der nationalen Oligarchie als letztes Mittel, an der Macht zu bleiben, mißbraucht worden und hat sich so immer mehr gegen das Volk gestellt. Unter anderem können wir folgende Tatsachen als logische Konsequenzen dieser Situation anführen:

- Die Ausübung der Macht zur persönlichen Bereicherung hoher militärischer Führer. Der durch den Unterhalt der Streitkräfte brutal ausgesaugte Staatshaushalt. Die unproporzionierten Gehaltserhöhungen der hohen Militärs im Gegensatz zu den Brosamen der Arbeiter und Rentner. (Die Leute fragen sich, ob diese Pfründe und Benefizien letztlich wohl nicht dazu bestimmt sind, das Gewissen der Militärs einzuschläfern).

- Die immer stärkere Präsenz ehemaliger hoher Militärs in den Direktorien der großen mit dem ausländischen Kapital kompromitierten Unternehmen.

- Das gleiche Heer, das 1945 dem Volk bei der Machtergreifung zur Seite stand, ist von der ausländisierenden Oligarchie seit 1955 in eine Anti-Volk-Bastion verwandelt worden. Ist es daher nicht logisch, wenn das Volk versucht, aus sich heraus sich wieder militärische Stoßkraft zu verschaffen, die ihm ja entzogen wurde, und wenn es beginnt sein Vertrauen auf neue bewaffnete Gruppen zu setzen, die mit seinen Anliegen solidarisch sind?

- Die Streitkräfte, die erklären, eifersüchtige Hüter der nationalen Souveränität zu sein, akzeptieren es, eine Schachfigur in der Strategie des Pentagons für Latein-Amerika zu sein; Beweis dafür sind die militärischen Berater, die Anti-Guerilla-Ausbildung in Panama usw. Die Streitkräfte sind zu einer Besatzungsstreitmacht und zu einer repressiven Polizeitruppe im eigenen Lande geworden. (Der Rockefeller-Bericht ist diesbezüglich nur allzu beredt gewesen)

- In letzter Zeit sind gewisse Indizien durchgesickert, daß auch in den Streitkräften, trotz der politischen Knebelung, aufrechterhalten durch eine straffe und vertikale Disziplin, Symptome eines Erwachens des Bewußtseins und eine Haltung des Überdenkens zum Vorschein kommen, was die Militärs wieder dem Volke näher bringen könnte.

b) Die Arbeiterführer (oder Gewerkschaftler

Das Volk hatte ein Recht, von seinen eigenen Anführern eine entschlossene und kämpferische Haltung zu erwarten und eine Integrität, die bis zum Heroismus ginge.
Beklagenswerter Weise wich die kämpferische Haltung gar oft einem "Dialog" mit denen, die das Volk ausbeuten und unterdrücken. Ein Dialog, der fast immer nach Verrat roch. Damit hat man es erreicht, daß die Arbeiter an der moralischen Integrität dieser Gewerkschaftsführer zweifeln, und zwar mit begründetem Verdacht.
Und woran niemand zweifelt, ist, daß das Regime dauernd versucht, auf verschiedenen Ebenen die Vertreter der Arbeiterklasse zu bestechen. Vielfältige Tatsachen des täglichen Lebens zeigen uns, daß ihm das nicht selten gelingt.

Einige dieser Gewerkschaftler sind außerdem verantwortlich dafür, daß sich die Korruption selbst in den Gewerkschaftsstrukturen eingenistet hat, dadurch daß sie sich mittels nicht einzugestehender Manipulationen selbst an der Macht halten. Dadurch ist es so weit gekommen, daß, - besonders bei den mächtigsten Gewerkschaften - die Arbeiterorganisationen selbst sich manchmal als negatives Element auf dem Weg zur echten Revolution konstituieren.

Bei dieser Lage der Dinge ist es so, daß jene, die ihre Integrität zu bewahren wußten, zu Heroen werden und ihren Mut mit dem Preis der Freiheit bezahlen müssen (Flores, Ongaro, Tosco u.a.) Diesen gilt unsere Solidarität und unsere Ehrung, während wir unsere Mißbilligung zusammen mit allen Arbeitern jenen Gewerkschaftlern entgegenbringen, die die wahren Interessen des Volkes verraten.

c) Die Kirche

Die Berufung der Kirche, der Gemeinschaft der an Christus Glaubenden, impliziert, daß sie langsam, mühselig aber unaufhaltsam dazu beiträgt, daß das Volk die Wege und Ziele seiner authentischen Befreiung findet. Auf Grund ihrer Botschaft "muß sie den Menschen Unterstützung gewähren bei ihren Anstrengungen, die Zukunft in die Hand zu bekommen und zu lenken" (Paul VI, Brief vom 14. 5. 71). Daher gehört zum Begriff Kirche wesentlich auch die Idee Volk. Alles, was die Kirche vom Schiksal des Volkes fernhält, entfernt sie auch von ihrer Mission. Ohne es theologisch formulieren zu können, intuieren und verstehen die Leute das. Indieser Hinsicht erkennt das Volk, und wir als Christen und Priester gestehen und prangern unsererseits die Untreue der Kirche ihrer Mission gegenüber an.

- Oftmals ist in den Ermahnungen zu Frieden und Eintracht die Botschaft Christi nicht wiederzuerkennen: "Frieden hinterlasse ich euch, meinen Frieden gebe ich euch". Diese Exhortationen erinnern eher an die Jeremiasworte: "Propheten und Priester, jeder übt Trug.... indem sie schreien: Frieden! Frieden! aber es gibt keinen Frieden" (Jer. VI, 13-14)

- Die wiederholten Verbote und Warnungen hinsichtlich sozio-politischer Stellungnahmen und Optionen (unsererseits) sind nur dazu angetan, den Prozeß der Volksbefreiung zu bremsen. Paul VI. in seinem letzten Apostolischen Rundschreiben denkt anders. Die traditionelle Unterstützung, dieBisch öfe, Priester und Laien den Mächtigen und der "herrschenden ungerechten Struktur in unserm Lande" gewähren, wird im Lichte des Evangeliums nicht in Frage gestellt.
Uns wirft man vor, wir mischten uns in die Politik ein, die öffentlichen Aktuationen eines Großteils der Hierarchie, ihre Handlungen sind aber auch hochpolitisch (zum Beispiel: Sanktionen gegen in- und ausländische Priester, gegen Seminaristen und Laien). Besonders der Kardinal-Primas "frißt" (im Sinne von billigen) in seinen veröffentlichen Ansprachen syste-

matisch alle Machenschaften der jeweiligen Regierung; und neulich ging er sogar so weit, sich in öffentlicher Form mit einem Mitbruder im Bischofsamt auseinanderzusetzen.

- Das gefällige Schweigen der kirchlichen Hierarchie angesichts einer Gesetzgebung, die nach und nach ein Grundrecht der menschlichen Person nach dem anderen eingeschränkt hat, erhärtet das Image einer Kirche, die nicht dem Volke, sondern servil und unterwürfig den Mächtigen dient.

- Der Mantel der Anhänglichkeit an das Geld, das Fehlen an Glauben, das sich darin zeigt, daß man sich mehr auf die Macht und das Geld verläßt als auf die Kraft Gottes, der die Geschichte des Volkes von innen her lenkt, die Diskrepanz zwischen den großen Deklarationen und den konkreten Haltungen, die Kluft zwischen der Hierarchie, Priestern und Laien, all diese Dinge verewigen ein verachtenswertes und anti-evangelisches Bild von der Kirche. So wird die Hoffnung eines Volkes, dessen Sinnen und Trachten sich an christlichen Werten orientiert, enttäuscht.

- Wir anerkennen jedoch mit Jubel, daß einige Mitglieder der Hierarchie, Priester und Christen sich auf den Weg gemacht haben, hin zu einer Wiederentdeckung der wahren Aufgabe einer mit ihrem Volke solidarischen Kirche.

III. WIR HOFFEN

Trotz all der negativen Realitäten, die wir angeprangert und konstatiert haben, teilen wir nicht die Panik, die viele jener Kreise zu beherrschen scheint, die in privilegierter Position sind und bleiben möchten. Wenn uns die verhängnisvollen und hinauszögernden Machenschaften der Herrschenden empören, so bleibt es uns nicht verborgen, daß diese teils von ihrem Gewissen und teils von der Entschlossenheit der Schritte, die das Volk zu unternehmen beginnt, in Schrecken versetzt sind.
In diesem Sinne stellen wir fest, daß das argentinische Volk mit jedem Tag bewußter am befreienden Erwachen teilnimmt, das über den ganzen lateinamerikanischen Kontinent heraufzieht.
Unter anderem unterstreichen wir folgende Zeichen der Hoffnung:

- Die Arbeiter treten aus ihrer Passivität heraus und erhoffen die Lösung ihrer Probleme nicht mehr von bürokratischen Vermittlungsaktionen, sondern sie nehmen immer mehr den Kampf auf in einer neuen und radikalen Zielsetzung der Arbeiterklasse.

- Die wachsten Kräfte unter der Jugend, bei den Intellektuellen und Universitätsstudenten geben ihre sterilen Streitigkeiten auf und versuchen sich dem revolutionären Kampf anzuschließen.

- Die revolutionäre Peronistische Bewegung mit ihrer massiven Stärke, mit ihrer Erfahrung des Triumphes und des langen Widerstandes im Untergrund, mit ihrer neuen Jugend, gewinnt ihre Einheit und Kampfkraft wieder, mit der sie einst die großen, sozialen Errungenschaften Argentiniens erkämpfte, und nur diese Einheit und Kampfeslust werden sie zu einer Revolution führen, die einen, Lateinamerika entsprechenden, Sozialismus möglich machen wird. Das bedeutet aber nicht, daß wir unser Vertrauen in jene setzen, die im Namen des "Peronismus" versuchen, das Volk in eine weitere der Fallen des kapitalistischen Systems zu locken. Andere revolutionäre Gruppen nicht peronistischer Herkunft begleiten ebenso das arbeitende Volk bei der Vertiefung seines Befreiungsprozesses (gemeint sind die Marxisten, Anm. d. Ü.)

- All das führt dazu, daß das Volk in immer bewußterer und stärkerer Form darauf pocht, bei allen Entscheidungen, die seine Existenz betreffen, mitverantworten und mitbestimmen zu können. Es geht nicht darum "mehr zu besitzen", sondern "mehr zu sein" in einem gemeinsamen Besitz. In diesem Sinne konstatieren wir, daß die echten Lösungen niemals von Seiten der Unterdrücker kommen können. Sie müssen vom unterdrückten Volke selbst kommen, sobald es entschlossen ist, sich zu befreien und seine Geschichte selbst zu machen.

Diese Realitäten, die sich täglich kundtun, geben uns den Anstoß und die Kraft, unser Engagement für die der Revolution zu wiederholen und konkrete Wege zu suchen, es zu erfüllen.

Wir sind überzeugt, daß hier nicht eine politische Peripetie mehr im Spiele steht, sondern die Zukunft und die Hoffnung unseres Volkes, die Zukunft und die Hoffnung der Ärmsten.

"Christus versichert uns, daß das, was wir für unsere Brüder die Armen und Entrechteten dieser Welt tun, von I h m , dem Herrn der Geschichte, als für ihn getan, betrachten wird." (Matheus, 25. 45)

Es ist die Überzeugung unseres Glaubens - daß nämlich die Gerechtigkeit, die die Menschen in dieser Welt verwirklichen, die Vorwegnahme eines Teils der endzeitlichen Erfüllung ist - diese Überzeugung drängt uns, am Befreiungsprozeß teilzunehmen, für den sich unser Volk schlägt.

PS: Dieses Dokument wurde an der 4. Jahrestagung der Priester für die Dritte Welt in dem Franziskanerinnenkloster von Carlos Paz, einer kleinen Ortschaft in der Nähe der Stadt Cordoba (Argentinien) erstellt. Die Tagung fand am 8./9. Juli d. J. statt und versammelte 160 Priester aus 36 Diözesen Argentiniens, darunter auch ein Bischof. Die Presseleute hatten Mühe, den Tagungsort ausfindig zu machen, weil ihn die Teilnehmer bis zuletzt geheimhalten konnten, wohl aus der Überlegung heraus, es könnten irgendwelche Maßnahmen von oben ergriffen werden. Umso erstaunlicher ist, daß ASI, ein Boulevardblatt von Buenos Aires, das dem Peronismus nahesteht, das Dokument in vollem Wortlaut nnd mit einem ausführlichen Kommentar am 13. Juli 71 veröffentlichen konnte.

Kommentar zu Seite 10: Brief an Nyerere

Dieses Geschäftsschreiben der in Chur ansäßigen Firma Rheinkapital GmbH (Gesellschaft für Kapitalanlagen und Kapitalbeteiligungen), das J. Nyerere dem tansanianischen "Standard" zur Veröffentlichung übergab, war hier offensichtlich an die falsche Adresse gelangt. Doch wie oft hat es schon die richtigen Empfänger gefunden und wie oft werden noch zukünftig Schreiben dieser Art den richtigen Weg nahmen? Daß sich die Sprecher anderer schweizer Geldinstitute lautstark von dieser sehr zielstrebigen Art, Politiker in Entwicklungsländern finanziell zu ködern, distanzieren (vgl. "Handelsblatt" vom 20.9.71), muß, nachdem die Sache einmal ruchbar geworden ist und der "Ruf" schweizer Banken auf dem Spiel steht, nicht verwundern. Ob sie sich dadurch von dem Verdacht freimachen können, nicht in ganz ähnlicher Weise zu verfahren (wenn auch vielleicht diskreter und umsichtiger in der Auswahl der Staatsmänner, den man in Geldsachen beratend zur Seite treten will), muß bezweifelt werden; denn Tatsache ist nun einmal, daß gewisse Politiker aus Asien, Afrika und Lateinamerika ihre "Notgroschen" vorzugsweise auf schweizer Banken transferieren. Volkswirtschaftlich gesehen kommt für die Schweiz dieses Geld auf Grund der Stabilität des Franken und der politischen Neutralität des Landes gewissermaßen "von allein", dies jedoch nicht für die einzelne schweizer Bank, die ja ständig in Konkurrenz zu einer Anzahl anderer schweizer Banken steht: Die Bank X, Y oder Z hat aktiv um Kunden in den Entwicklungsländern zu werben, um sich gegenüber der Konkurrenz zu behaupten. Ob schweizer Banken dieses Geschäft mit der gleichen Offenheit betreiben, wie die jetzt ins "Gerede" geratene Churer Firma Rheinkapital, könnte bestritten werden; daß sie aber im Prinzip so verfahren, muß jedoch aus den genannten Gründen stark vermutet werden. Für diese Vermutung spricht übrigens auch die Tatsache, daß in bezug auf die Rheinkapital-Affäre nicht der Akt des Köderns als solcher, sondern die Indiskretion, mit der Rheinkapital verfahren ist, von den um ihren Ruf fürchtenden übrigen schweizer Banken unter moralische Anklage gestellt wird. Überflüssig hinzuzufügen, daß es einen richterlichen Ankläger für Rheinkapital nicht gibt.

- 8 - Die politisch-kulturelle Beilage der National-Zeitung Basel 12.9.1971

Entwicklungshilfe — Hilfe für wen?

Wir verdienen mehr an der Dritten Welt, als wir leisten / Von Rudolf H. Strahm

Wer heute Entwicklungshilfe fordert, kann sich kaum mehr als Pionier betrachten. Die Entwicklungshilfe ist auf dem Weg, zu einem anerkannten Imperativ der Industriegesellschaft zu werden. Dies gilt selbst dann, wenn wir in Rechnung stellen, dass in der Schweiz noch kaum eine grosse Mehrheit dafür zu gewinnen ist. Nicht nur die Kirchen und die Jugend, sondern langsam auch Wirtschaftsvertreter und Politiker haben in den letzten Jahren ihre Vorliebe für die Entwicklungshilfe entdeckt.

Es scheint mir wichtig, dass wir spätestens jetzt, zu Beginn des zweiten Entwicklungsjahrzehnts, die Frage nach der *Qualität der Entwicklungshilfe* neu stellen. Wir müssen die heutige Hilfe auf ihre Wirkung und Interessenfunktion hin gründlich untersuchen. Wenn es heute noch Mut braucht, dann nicht mehr für die Betonung der Notwendigkeit schlechthin von Entwicklungshilfe, sondern eher dazu, unmissverständlich zu bestreiten, dass alles, was heute als Entwicklungshilfe dargestellt wird, auch wirklich der Entwicklung dient. *Jedermann ist daran, sich seinen Begriff von Entwicklungshilfe so zurechtzulegen, dass seine eigene Tätigkeit auf jeden Fall auch darunterfällt.*

Fragwürdiger Begriff

Das Problem der Entwicklungshilfe ist nicht nur ein technisches, sondern in hohem Masse auch ein wissenschaftslogisches: Wer *messen* will, ob seine Entwicklungshilfe zum Erfolg geführt hat, muss zuvor *definieren,* was er unter Entwicklung verstehen und wie er sie messen will. Diese Definition ist aber kein wissenschaftlich-wertfreier Akt, sondern erfordert einen *politischen Entscheid.* Der schweizerische Privatinvestor, der Beamte in der Handelsabteilung oder der charitative Entwicklungshelfer — sie alle geraten, sobald sie ihre Entwicklungshilfe verteidigen sollen, in einen hermeneutischen Zirkel, an dessen Anfang (oder Ende) ein Entscheid, eine politisch-ideologische Setzung steht.

Diese Setzung, die Definition nämlich, was «Entwicklung» heisst und wie man den Entwicklungserfolg misst, nimmt einen Teil dessen vorweg, was erst als Resultat herauskommen soll. Sie wird den verschiedensten technischen oder idealistischen Vorverständnissen entnommen, am seltensten jedoch aus dem Entwicklungsland selber.

Nicht nur die Weltbank, sondern auch verhältnismässig viele freiwillige Entwicklungshilfeorganisationen haben bislang einen *technokratisch verengten Entwicklungsbegriff* gepflegt, nämlich *Entwicklung als «Wachstum um jeden Preis».* Dieses auf die westlichen Interessen zugeschnittene Konzept hat zur Folge, dass vielerorts noch heute nicht eingesehen wird, dass wir nach zwei Jahrzehnten Entwicklungshilfe vor einem *Entwicklungsfiasko* stehen.

Wir kennen heute eine grosse Anzahl Entwicklungsländer, die zwar ein Gesamtwachstum des Volkseinkommens von jährlich fünf Prozent und mehr aufweisen können, was man allgemein als grossen Erfolg hinstellt. Bei der Aufteilung dieses Wertes zeigt sich jedoch, dass die Produktion in den *städtischen und industrialisierten Zentren* zwar zehn und mehr Prozent gewachsen ist, dass aber die *ländlichen Gebiete* ein Wachstum von null oder minus aufweisen. Selbst in den Städten würde, bei Aufteilung des Wachstums, eine niederschmetternde *Ungleichheit* resultieren, die die Früchte des Wachstums nur einer verhältnismässig schmalen Bevölkerungsschicht zukommen liess.

In *Indien* stellt man nach einem weiteren Jahrzehnt Entwicklungspolitik fest, dass von 1961 bis 1968 der Pro-Kopf-Konsum der oberen 40 Prozent der Bevölkerung um 4,4 bis 4,8 Prozent gewachsen ist, während die mittleren und armen Schichten überhaupt nichts dazugewonnen haben. Bei den ärmsten zehn Prozent der Stadtbevölkerung ging der Konsum innert acht Jahren um 15 bis 20 Prozent zurück.

Trügerische Zahlen

Jeder zusätzliche Wachstumserfolg wird zu einem Nachteil der Unterprivilegierten und vergrössert die Ungleichheit: «Jedes Auto, das Brasilien auf die Strasse schickt, versagt fünfzig Menschen ein gutes Autobusnetz. Jeder verkaufte Kühlschrank verringert die Aussicht, dass ein öffentlicher Kühlraum gebaut wird. Jeder Dollar für das Schulwesen bedeutet mehr Privilegien für die wenigen auf Kosten der vielen ...» *(Illich).*

Eine Entwicklungspolitik, die ihre Erfolge nur am Wachstum des Bruttosozialprodukts pro Kopf misst, führt zu jener unreflektierten Prahlerei mit Durchschnittszahlen, die etwa gleich falsch sind, wie wenn ich mit einem Freund in ein Restaurant gehe, selber ein Poulet esse, mein Freund aber keines, und dann sage: wir haben beide pro Kopf ein halbes Poulet gegessen...

Entwicklung ist mehr als nur quantitatives wirtschaftliches Wachstum, sie erfasst den Menschen und alle gesellschaftlichen Strukturen und kann deshalb nicht mit so simplen Indikatoren wie Wachstum des Bruttosozialprodukts pro Kopf gemessen werden.

Die Erkenntnis, dass in den letzten Jahren nicht nur weltweit, sondern auch innerhalb der Entwicklungsländer *die Reichen reicher und die Armen ärmer geworden* sind, offenbart uns nicht nur das Fiasko der bisherigen Entwicklungspolitik, sondern führt uns zur grössten Entwicklungsbarriere überhaupt, nämlich *der Ungleichheit von Einkommen und Macht.*

Grössere Gleichheit!

Grosse Ungleichheit ist ethisch untolerierbar. Sie ist aber auch ökonomisch unhaltbar, denn sie verhindert, wie *Myrdal* deutlich nachgewiesen hat, ein beschleunigtes Wachstum. Bei grosser Ungleichheit werden Wachstumsimpulse nicht weitergeleitet, die Ausstrahlungswirkung von wirtschaftlichen Erfolgen ist beschränkt auf eine kleine Oberschicht, und die grosse Masse erhält keinen kaufkräftigen Impuls.

Die alte Doktrin der Nationalökonomie lehrte uns, dass ungleiche Verteilung zu höherem Wachstum führen könne, weil die reichen Schichten mehr sparten und investierten und somit eigentlich das Wachstum finanzierten. In Entwicklungsländern gilt dies nicht, weil die dortige Oberschicht ihre Ersparnisse kaum im eigenen Land produktiv investiert. Entweder verschwendet sie den Überschuss für Luxuskonsum und für unproduktive Investitionen oder bringt ihn in Schweizer oder andern Banken in Sicherheit.

Die alte Behauptung, man müsse zuerst den Kuchen backen, bevor man ihn verteile, hat also in Entwicklungsländern keine Gültigkeit, weil der Kuchen gar nicht erst zustande kommt, bevor das Backpulver besser verteilt ist.

Grössere Gleichheit ist also eine Vorbedingung für grösseres Wachstum und erhält deshalb absolut höchste Priorität in der Entwicklungshilfe. Dieser zentrale Aspekt wird von der *Pearson-Kommission* und in der *Weltbank-Politik* schlechthin übergangen. Die Rezepte des Pearson-Berichts beruhen auf dem zuvor geschilderten Wachstumsmythos und werden deshalb nie zum Erfolg führen, abgesehen davon, dass sie von vielen Entwicklungsländern selber abgelehnt werden.

Entwicklungspolitische Massnahmen müssen primär die Gleichheit fördern, wenn wir erreichen wollen, dass es je zu einem selbsttragenden Wachstum kommt. Grössere Gleich-

heit wiederum bedingt *institutionelle Reformen in den Entwicklungsländern*, sie erfordert Bodenverteilung, Abbau von Privilegien, Umverteilung der Macht und teilweise Sozialisierung der Wirtschaft. Deshalb muss sich jeder, der Entwicklungshilfe betreibt, ernsthaft fragen, ob er nicht die alten Privilegien fördert oder gerade mit seiner Hilfe neuen privilegierten Klassen zur Macht verhilft.

Für *Privatinvestitionen* in Entwicklungsländern trifft letzteres ganz eindeutig zu. Aber selbst *freiwilligen Entwicklungshilfswerken* müsste man die Frage stellen, ob sie immer darauf achten, wieweit ihre gutgemeinte technische Hilfe der Gleichheit dienlich ist und Reformen fördert.

Es wäre interessant zu erfahren, ob sich jene schweizerischen Organisationen über die Konsequenzen bewusst waren, als sie im verhältnismässig reichen *Westpakistan* technische Projekte, etwa Lehrwerkstätten für Elektronik (wozu braucht Pakistan Elektroniker?), errichteten — und genau im selben Trend mitspielten, der der Ungleichheit zwischen dem reichen Westpakistan und dem vernachlässigten *Ostpakistan* zur Ausweitung und schliesslich zur Explosion führte.

Der sinnvolle Einsatz von Entwicklungsgeldern erfordert eindeutige und *auf die Interessen der hilfebedürftigen Massen zugeschnittene Kriterien*. Für den Einsatz jenes 400-Millionen-Rahmenkredits für Finanzhilfe, der vom eidgenössischen Parlament nun beinahe endgültig verabschiedet ist, warten wir immer noch auf klar formulierte Kriterien. Oder ist etwa ein Grossteil davon für Mischkredite zur Finanzierung von Exporten nach Entwicklungsländern vorgesehen? Dafür wären allerdings weniger Kriterien festlegbar, denn diese Kriterien sind von unserer Exportindustrie bereits vorgegeben.

Was nützt die Hilfe?

Griffin, ein englischer Wirtschaftswissenschafter, hat sich die Aufgabe gestellt, in einem Koordinatensystem das Wirtschaftswachstum von zwölf lateinamerikanischen Ländern auf der einen Achse und die während eines Jahrzehnts erhaltene Entwicklungshilfe auf der andern Achse einzuzeichnen. Bei diesem Test erhielt er eine absolut negative Korrelation zwischen Wachstum und erhaltener Hilfe, das heisst: Die Länder mit der grössten Entwicklungshilfe hatten das geringste Wachstum zu verzeichnen. Abgesehen von den verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten dieser Tatsache sollte man nicht folgern, man müsse deshalb die Entwicklungshilfe abschaffen, sondern sie sollte vielmehr Anlass geben, die Kritik an der Entwicklungshilfe ernst zu nehmen und die Strategie der Hilfe zu verändern.

Wir müssen uns die Frage stellen, wieweit unsere Hilfe dazu beitragen kann, die Probleme der Unterentwicklung in den Griff zu bekommen. Es fällt uns schwer, eindeutig zu entscheiden, welches als grösstes Zukunftsproblem zu veranschlagen ist: Ernährungskrise, Arbeitslosigkeit oder internationale Verschuldung der Entwicklungsländer.

Die Ernährungsfrage

Für die Bewältigung der *Ernährungsfrage* wären zumindest technisch die Mittel zur Verfügung: «Wunderreis» mit mehrfachem Ertrag pro Hektare, neue Anbau-, Bewässerungs- und Düngungsmethoden. Allerdings scheint auch die technisch mögliche «grüne Revolution» wieder an sozialen Barrieren — Grossgrundbesitz, Abhängigkeitsverhältnisse, technisches Unvermögen, Landflucht —, letztlich also wiederum am Problem der Gleichheit zu scheitern.

Wie aber das andere Problem, nämlich die *Arbeitslosigkeit*, bewältigt werden kann, ist nicht einmal technisch voraussehbar. Bis 1980 werden 226 Millionen Menschen in Entwicklungsländern — eine oft zitierte Zahl — ins erwerbsfähige Alter treten. Innert eines Jahrzehnts müssten also, abgesehen von den heute unterbeschäftigten Millionen, mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als Europa und Nordamerika zusammen aufweisen!

Wenn die Entwicklungsländer den Weg der Industrialisierung wählen wollen, um die Arbeitsbeschaffungsprobleme zu bewältigen, so sind sie zum *Scheitern* verurteilt. Wenn wir mit einem Kapitalbedarf von nur 10 000 Franken pro industriellen Arbeitsplatz rechnen (bei uns ist er etwa fünf bis zehnmal höher), so wären für das Jahrzehnt ein Finanzbedarf von zwei Billionen, respektive 200 Milliarden Franken pro Jahr erforderlich — eine Summe, die nicht einmal zu einem Bruchteil mit Entwicklungshilfe und Privatinvestitionen aufzubringen wäre.

Arbeitsbeschaffung!

Gefordert ist anstelle der kapitalintensiven industriellen Technik, wie wir sie in die Entwicklungsländer exportieren, eine *mittlere Technologie*, die sowohl dem Bedürfnis nach Produktionserhöhung als auch der Notwendigkeit massiver Arbeitsbeschaffung Rechnung trägt. Das Arbeitskräftereservoir der Entwicklungsländer würde sich als eine ungeheure Quelle des Reichtums herausstellen, wenn diese einen Entwicklungspfad einschlagen würden, der die *Arbeit* als einzige oder überwiegende Produktivkraft einsetzt. Einige Entwicklungsmodelle, wie dasjenige Chinas oder Tansanias, haben gezeigt, dass es durchaus möglich ist, mit einem Minimum an fremder Kapitalhilfe eine eigene arbeitsintensive Technologie zu entwickeln und anzuwenden, die weder die archaische noch die kapitalintensive industrielle Methode allein übernimmt.

Die Skepsis gegenüber der modernen Technologie beruht nicht auf einem technikfeindlichen Mythos von der «unberührten Urgesellschaft», wie ihn etwa Ethnologen pflegen, sondern auf der Erfahrung, dass moderne Technik oft mehr Arbeitskräfte freisetzt, als sie neue absorbieren kann.

Ein weiterer Aspekt in der Entwicklungshilfe, die bisher zum grösseren Teil aus rückzahlbaren Krediten bestand, ist die zunehmende *Verschuldung der Entwicklungsländer*. Heute schon verschlingt die Schuldentilgung und Verzinsung rund die Hälfte aller zugeflossenen Finanzmittel aus öffentlicher und privater Hand. Der Finanzbedarf für Rückzahlungen steigt ständig, in gleichem Masse der Bedarf an zusätzlicher Hilfe. Es entsteht ein *Teufelskreis* von zunehmender Verschuldung und zunehmendem Kreditbedarf, der die Entwicklungsländer in zunehmende *Abhängigkeit* vom Ausland bringt.

Wahrlich ein perfider Mechanismus, um die ehemaligen Kolonien im westlichen Wirtschaftssystem zu integrieren!

Wem nützt die Hilfe?

In einigen Wirtschaftskreisen hat sich ein erstaunlicher Wandel vollzogen. Vor einigen Jahren lehnten die Grossbanken die öffentliche Finanzhilfe als staatliches Konkurrenzunternehmen ab, heute befürworten sie diese mit sonderbarer Wärme. Offenbar haben die Entwicklungsländer durch ihre Verschuldungssituation soviel an Kreditwürdigkeit verloren, dass nun *der Staat* die Unterlage für weitere Privatkredite schaffen muss. Gewisse Exportindustrien sind an Zollpräferenzen für Produkte aus Entwicklungsländern deshalb höchst interessiert, weil die Produktionsausdehnung ihnen neue Liefermöglichkeiten für Investitionsgüter eröffnet.

Zuweilen gibt es innerhalb der Privatwirtschaft auch *Interessenkonflikte*, die auf verschiedene Formen der Erschliessung der Entwicklungsländer ausgerichtet sind. *Eine Interessenfraktion* umfasst die Exportindustrie, die zuweilen sehr «aufgeschlossen» ist für eine zumindest sektorale wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt, in welcher sie sich neue Exportmärkte für Investitionsgüter, Uhren usw. erschliesst. Sie ist interessiert an Entwicklungskrediten zur Exportfinanzierung; ebenso an Zollpräferenzen und gerät eventuell in Konflikt mit der inländischen Konsumgüterindustrie, die sich durch Präferenzen benachteiligt fühlt.

Eine *zweite Interessenfraktion* besteht in der Minen- und Extraktionsindustrie, die sich in der Dritten Welt ihre Rohstoffbasis sichert, ausserordentlich stark an «stabilen Verhältnissen» und an einem «günstigen Investitionsklima» interessiert ist, aber nicht durchwegs eine breite Industrialisierung der Entwicklungsländer fördern möchte. Hingegen ist sie an öffentlichen Zuwendungen an die Weltbank äusserst interessiert, weil diese Institution es darauf abgesehen hat, die notwendigen Infrastrukturen bereitzustellen, etwa Eisenbahnen für den Transport von Erzen von der Mine bis zum Hafen, Strassen und Elektrizität.

Eine *dritte Interessenfraktion* bei uns ist in der Leichtindustrie, im Gewerbe und in der Landwirtschaft zu suchen, die keine Art von Hilfe sonderlich befürworten und vor allem protektionistische Neigungen hegen.

Allen drei Interessengruppierungen — wahrscheinlich sind es noch mehr — ist gemeinsam, dass sie an einer gewissen *Systemsicherung* in der Dritten Welt interessiert sind. Es geht um die *Integration der Entwicklungsländer in das westliche Wirtschaftssystem, um die Erschliessung und Erhaltung von Beschaffungs- und Absatzmärkten*, sei es durch externe Beziehungen oder durch die Aufrechterhaltung von aussengerichteten Klassen in diesen Ländern.

Ob diese Integration in das westliche Wirtschaftssystem auch zum langfristigen Vorteil der Entwicklungsländer ist, müsste von Fall zu Fall geprüft werden. Jedenfalls handelt es sich um die *Integration in ein System, dessen Spielregeln so angelegt sind, dass der wirtschaftlich Stärkere immer gewinnt.*

Postulate...

Tiefgreifende entwicklungspolitische Massnahmen, bei denen keine Eigeninteressen im Spiel stehen, wurden bei uns bisher kaum realisiert. Aus der Fülle von entwicklungspolitischen Postulaten scheinen nur diejenigen realisierbar, welche gleichzeitig ins Gewicht fallende Wirtschaftsinteressen bei uns befriedigen. Wir kennen diese Postulate: vermehrte Entwicklungshilfe, Zollpräferenzen, Rohstoffabkommen und gerechte Preise, Kontrolle der Privatinvestitionen, Moratorien für Patente und anderes mehr. — Teillösungen haben bisher nur die ersten zwei zu verzeichnen. Diese wollen wir jetzt etwas näher unter die Lupe nehmen.

Es ist allgemein anerkannt, dass die wirk-

samste Entwicklungspolitik auf dem Gebiet des Handels vorgenommen werden müsste, denn vier Fünftel aller Deviseneinnahmen der Entwicklungsländer stammen aus den Exporterlösen und der Rest aus fremden Mitteln und privaten Investitionen. Der Anteil der Entwicklungsländer am gesamten Welthandel ist seit Kriegsende stetig gesunken, von 25½ Prozent im Jahr 1955 auf 17½ im Jahre 1969. Er wird noch weiter abnehmen, trotz Zollpräferenzen und ähnlichen Massnahmen. Gerade auf dem Handelssektor zeigen sich die stärksten Widerstände.

Man hat das Zustandekommen des Präferenzsystems allseits gelobt. Es handelte sich um die Zollvergünstigungen der Industrieländer für verarbeitete Produkte aus Entwicklungsländern. Dabei wurde aber geflissentlich übergangen, dass die grossen Wirtschaftsblöcke wie USA, Japan und die EWG gerade in jenen Zweigen wesentliche Präferenzbeschränkungen oder Ausnahmen vorgesehen haben, in denen einige Entwicklungsländer tatsächlich exportfähig wären, wie Textilien, Schuhe, Lederwaren.

Die *Schweiz* hat für die erste Stufe der Zollsenkungen keine Ausnahmen vorgesehen, wird aber ihre Zölle zunächst lediglich 30 Prozent senken. Es ist den wenigsten Leuten, welche über diese schweizerische Leistung geschrieben und geredet haben, bewusst, dass diese nur eine schon längst existierende Benachteiligung der Entwicklungsländer teilweise ausgleicht. Die Benachteiligung von Produkten aus Entwicklungsländern erfolgt durch das schweizerische *Gewichtzoll-System*, weil jene billiger sind.

Ein Beispiel

Ein Beispiel zur Veranschaulichung: Eine bestimmte Art Kinderschuhe (Zolltarifnummer 6402.34) hat einen Gewichtszollsatz von 300 Franken pro 100 Kilogramm. 100 Kilo solcher Schuhe aus Deutschland kosteten 1969 rund 4430 Franken; die gleichen Schuhe aus Indien lediglich 2160 Franken. Der Zoll, prozentual am Warenwert gemessen, beträgt demnach 6,8 Prozent für die deutschen und 13,9 Prozent für die indischen Schuhe, belastet also die Ware aus dem Entwicklungsland um mehr als das Doppelte – weil sie billiger ist. Durch die Zollsenkung von 30 Prozent auf den indischen Schuhen wird diese Benachteiligung noch nicht einmal aufgehoben.

Nun trifft dies nicht nur für unser Demonstrationsbeispiel zu, sondern im Durchschnitt für alle wichtigen Produkte, die für den Export der Entwicklungsländer in Betracht kommen. Wir haben berechnet, dass im gewogenen Durchschnitt bei Baumwoll- und Wollgarnen, Geweben und Kleidern, Schuhen, Lederwaren und Holzgeräten aus Entwicklungsländern die Zölle um 50- bis 150 Prozent höher sind als bei den gleichen Produkten, die aus Industrieländern stammen. Wenn die Schweiz die Zölle für Entwicklungsländer nun um ein Drittel senkt, so wird dadurch nicht einmal die Diskriminierungswirkung durch das Gewichtszollsystem, das man sonst fast nirgends mehr anwendet, aufgehoben. Die vom Bundesrat und von der Bundesverwaltung so oft gelobten Zollpräferenzen entpuppen sich also bei näherer Betrachtung als unbedeutend und nichtig, soweit sie die erste Senkungsrunde umfassen.

Man wird erst von einer namhaften schweizerischen Leistung sprechen können, wenn sämtliche Zölle auf allen verarbeiteten Produkten aus Entwicklungsländern ausnahmslos abgeschafft sind und wenn zugleich Hilfemassnahmen getroffen werden, dass die Entwicklungsländer auf unserem Markt tatsächlich Fuss fassen und die Präferenzvorteile ausnützen können. Zu diesem Zweck ist die *Schaffung einer speziellen Importförderungszentrale auf Nicht-Profitbasis*, wie sie von der Interkonfessionellen Konferenz Schweiz und Dritte Welt vorgeschlagen wurde, unumgänglich.

Rückflüsse grösser

Ein weiterer Mythos muss endlich zerstört werden: dass die Schweiz einen Finanzfluss in Richtung Entwicklungsländer aufzuweisen habe. Vielmehr trifft *das Gegenteil* zu: die Rückflüsse sind mit hoher Wahrscheinlichkeit bedeutend höher. Die Entwicklungshilfe- und Finanzfluss-Statistik, wie sie jährlich vom Bund veröffentlicht wird, entspricht zwar den Kriterien des Entwicklungshilfeausschusses (DAC) der OECD. Die OECD, dieser Klub der reichen Länder, pflegt jedoch unter sich eine grosse zwischenbehördliche Courteoisie in der gegenseitigen Anerkennung von Zahlen. Die von ihr publizierten Zahlen sind allzu diplomatisch, als dass sie einen wissenschaftlichen Wert haben. Leider haben sie einen hohen *politischen* weil jede Regierung und mithin auch eine grosse Zahl grösserer und kleinerer Fachmänner und Presseleute damit Informationspolitik betreibt. Die grosse Unehrlichkeit liegt im *Nettobegriff*, der so gefasst ist, dass längst nicht alle Rückflüsse aus den Entwicklungsländern von den Zuflüssen subtrahiert werden. Als Rückflüsse gelten zum Beispiel nur die Tilgung fälliger Schulden, nicht aber die Zinsen aus den laufenden. Gewinne aus Privatinvestitionen, die im Entwicklungsland reinvestiert werden, werden als Devisenzufluss verbucht, selbst dann, wenn sie in einheimischer Währung erwirtschaftet sind. Gewinne aber, die repatriiert werden, werden nicht berücksichtigt!

Ein weiterer Fehler dieser Statistik besteht darin, dass völlig ungleiche Kapitalströme einfach addiert werden. Zum Beispiel die wirksame technische Zusammenarbeit und die teuren, völlig auf die Interessen der Exportindustrie zugeschnittenen Exportkredite werden einfach zusammengezählt; das ganze nennt sich dann offiziell «Leistungen» und wird anschliessend vom Freisinnigen Pressedienst und von Herrn Celio mit Vorliebe als «Entwicklungshilfe» bezeichnet...

Dieses Spiel mit Zahlen führt dazu, dass alle westlichen Industrieländer Jahr für Jahr Hunderte von Millionen oder gar Milliarden Nettozuflüsse in die Entwicklungsländer aufweisen, die Schweiz für 1970 zum Beispiel 426 Millionen privatwirtschaftliche und 127 Millionen staatliche Leistungen. Wenn man allerdings die UNO-Zahlen der Entwicklungshilfe vergleicht, die bei uns so geläufig verschwiegen werden, so ergibt sich ein anderes Bild. 1968 wiesen zum Beispiel die OECD-Länder ein Total an Finanzflüssen nach Entwicklungsländern von 12,9 Milliarden Dollar aus; die UNO veröffentlichte aufgrund einer Umfrage unter allen Entwicklungsländern einen Nettozufluss aus den OECD-Ländern von 1,04 Milliarden Dollar. Welch ein Unterschied!

Wegen der völligen Intransparenz der grenzüberschreitenden Kapitalströme sind diese Rückflüsse für die Schweiz nicht genau erfassbar. Wir haben kürzlich erstmals versucht, die Grössenordnung dieser nicht subtrahierten Rückflüsse aus Entwicklungsländern zu berechnen (siehe Tabelle).

Geschätzte Kapitalrückflüsse aus Entwicklungsländern in die Schweiz, die in der offiziellen Entwicklungshilfestatistik nicht enthalten sind. (Jahr 1970)

	Minimum	*«Maximum» (Mittel)* in Mio. Fr.
Erträge aus Direktinvestitionen	66	183
Zinsen aus Exportkrediten	234	267
Zinsen aus anderen Darlehen	65	160
Total Rückflüsse	365	610

Weitere, schwer zu schätzende Rückflüsse: + Lizenzgebühren + Fluchtkapital

Zum Vergleich: offiziell ausgewiesene private Finanzmittel zugunsten der Entwicklungsländer für 1970: 426 Mio. Fr.

Selbst wenn wir das absolute Minimum an Rückflüssen aus den kommerziellen Leistungen errechnen, erreichen wir bereits die Grössenordnung der offiziell ausgewiesenen privaten Finanzflüsse der Schweiz nach Entwicklungsländern. Die Zahlen, die wir als «Maximalwerte» bezeichnet haben, scheinen uns realistischer; eigentlich sind sie als realistische Mittelwerte zu betrachten.

Unter Berücksichtigung der weiteren Rückflüsse können wir füglich behaupten, dass die Rückflüsse aus Entwicklungsländern grösser sind als unsere totalen Leistungen. Man müsste auch den Handelsbilanzüberschuss der Schweiz gegenüber den Entwicklungsländern, welcher 1969 immerhin 1380 Millionen Franken betrug, in Rechnung stellen und ausserdem berücksichtigen, dass etwa zwei Drittel der geschenkten Entwicklungshilfe des Staates und der privaten Hilfswerke für Güterkäufe in der Schweiz selber ausgegeben werden, um den beträchtlichen Volkseinkommensbeitrag der Dritten Welt an die Schweiz abzuschätzen.

Was soll man tun?

Die Behauptung, dass wir mehr *verdienen an der Dritten Welt, als wir leisten*, ist somit nicht nur ein polemischer Spruch einiger Esoteriker, sondern kann eindeutig nachgewiesen werden. (Unsere Gewinne aus der Verschlechterung der *terms of trade* der Entwicklungsländer haben wir hier erst noch ausgelassen.) *Letztlich kommt es weniger darauf an, mehr zu geben, als weniger zu nehmen.*

Die bisherigen Darlegungen lassen unschwer erkennen, dass sich dem politisch bewussten Entwicklungshelfer ein Dilemma auftut, das etwa lautet: Soll man, dem Trend unserer Zeit folgend, mitmachen bei den interessenbedingten Entwicklungsbestrebungen des Staates und der Privatwirtschaft, mit dem unausweichlichen Horizont der völligen Integration der Entwicklungsländer in das westliche System? Oder soll man, trotz Armut und Hunger in der Zweidrittelswelt, die Entwicklungshilfe als verschleiernden Promotor des Neokolonialismus verdammen? Dieses Dilemma stellt sich in manchen Bereichen der politischen Aktion, es ist nicht zuletzt das Dilemma zwischen Reform und Revolution (etwa: dient Mitbestimmung der Systemperfektionierung und Integration der Arbeiter oder der tatsächlichen Machtumverteilung?). *Entwicklungshilfe weiter zu fordern, und sozusagen als Resignationslösung für verhinderte Kausaltherapie zu betrach-*

ten, ist wahrscheinlich die einzige Lösung, die wir kurzfristig anzubieten haben.

Das Dilemma zwischen charitativer Hilfe und struktureller Veränderung stellt sich in krasser Weise den freiwilligen Entwicklungshilfswerken, den Missionen und den Kirchen — allen Institutionen also, die wirklich Hilfe leisten wollen und die ihre Anstrengungen nicht stets mit einem kurz- oder langfristigen Blick auf die Aktivseite der Geschäftsbilanz verbinden. Einige dieser Hilfsorganisationen sind tatsächlich daran, ihre Konzeption der Hilfe neu zu überdenken. Ausgehend von der Überlegung, dass unser Verhältnis zur Dritten Welt nur zu einem unbedeutenden Teil durch die Hilfebeziehungen, entscheidend aber durch das kommerzielle und wirtschaftspolitische Verhalten determiniert wird, gelangt man da und dort allmählich zum Schluss, dass den Entwicklungsländern am meisten geholfen wird, wenn diese Strukturen verändert werden. Strukturveränderungen aber bedingen Bewusstseinsveränderung.

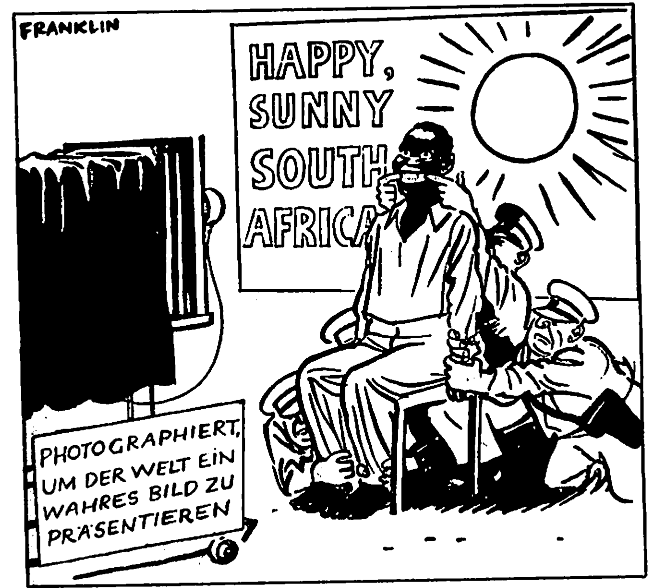
Mehr Information!

Das führt uns zur wichtigsten Aufgabe, die den Entwicklungsorganisationen im zweiten Entwicklungsjahrzehnt bevorsteht: die *Information und Öffentlichkeitsarbeit* bei uns.

Man kann nicht dauernd von Solidarität sprechen, ohne sie sich für die Bewusstseinsbildung auch etwas kosten zu lassen. Dom Helder Camara hat in Montreux gefordert, alle Entwicklungshilfswerke sollten 25 Prozent ihrer Hilfegelder für die Bewusstseinsveränderung im eigenen Lande einsetzen. Die Berner Konferenz hat sich diese Forderung zueigen gemacht und sie an alle schweizerischen Entwicklungsorganisationen gerichtet. *Es wird nicht mehr lange dauern, so werden wir die Qualität der Entwicklungshilfswerke daran beurteilen müssen, wie sie ihre neue Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit bei uns angepackt haben.* In dieser Hinsicht sind die Helvetas, die Erklärung von Bern und der Christliche Friedensdienst allen andern vorangegangen.

Wir können nicht mehr Entwicklungshilfe betreiben, wie wir es wünschen, sondern wie sie die Dritte Welt und deren Situation von uns verlangt. Dies bedeutet, dass wir die Entwicklungshilfe politisch sehen. Wenn heute noch jemand Entwicklungshilfe betreibt, diese aber nur als technologischen Transfer betrachtet und dabei von politischen Aspekten — von institutionellen Reformen, Ausbeutung, Rassismus, Tupamaros — abstrahieren will, der kann den Begriff *Hilfe* schwerlich mehr für sich in Anspruch nehmen.

Rudolf H. Strahm



Daily Mirror, London